



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

# Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland

Daten, Fakten, Perspektiven

Reinhard Fatke  
Helmut Schneider

| BertelsmannStiftung

**Bertelsmann Stiftung**  
Themenfeld Bildung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh

Gütersloh 2005

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Überblick.....	5
1 Einleitung.....	7
1.1 Zielsetzungen der Untersuchung.....	8
1.2 Design der Untersuchung.....	9
1.3 Beschreibung der Stichproben der Untersuchung.....	11
2 Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Familie, Schule und Kommune – Darstellung der Ergebnisse.....	13
2.1 Mitbestimmung in der Familie.....	14
2.2 Mitwirkung in der Schule.....	15
2.2.1 Mitwirkung bei Entscheidungen in der Schulklasse und im Unterricht.....	15
2.2.2 Mitwirkungsformen und Mitwirkungsthemen im Schulleben.....	17
2.2.3 Nutzung der Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule.....	19
2.2.4 Ressourcen und Rahmenbedingungen.....	20
2.2.5 Faktoren, mit denen die schulische Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen zusammenhängt.....	21
2.3 Mitwirkung in der Kommune.....	23
2.3.1 Mitwirkungsmöglichkeiten in der Kommune und das Mitwirkungsverhalten der Kinder und Jugendlichen am Wohnort.....	23
2.3.2 Nutzung der Beteiligungsmöglichkeiten in der Kommune.....	28
2.3.3 Ressourcen und allgemeine Rahmenbedingungen.....	30
3 Erklärungsfaktoren des Partizipationsverhaltens von Kindern und Jugendlichen in der Kommune.....	33
3.1 Annahmen der empirischen Analyse.....	33
3.2 Untersuchungsschritte im Rahmen der empirischen Analyse.....	36
3.3 Zentrale Einflussfaktoren der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an ihrem Wohnort.....	38
3.4 Handlungsempfehlungen für eine Intensivierung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen an ihrem Wohnort.....	42
4 Fazit.....	44
5 Anhang.....	46
6 Autoren.....	53
7 Mitglieder des Projektbeirates.....	54

## Vorwort

Fast immer sind Kinder und Jugendliche von politischen Entscheidungen betroffen. Selten haben sie Gelegenheit, diese Entscheidungen zu beeinflussen. Aber auch junge Menschen haben ein Recht, ihre Positionen in die gesellschaftliche Debatte um die Zukunft einzubringen und unser Gemeinwesen aktiv mitzugestalten. Dieses Recht einzulösen, bereichert Politik und Gesellschaft. Eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen qualifiziert Planungs- und Entscheidungsprozesse und schafft gleichzeitig Lernorte für Demokratie und bürgerschaftliches Engagement. Den Städten und Gemeinden kommt dabei eine zentrale Rolle für die Gewinnung junger Menschen zu: Sie sind das Lebensumfeld, in dem frühzeitig und unmittelbar die Chancen, Veränderungsmöglichkeiten und Spielregeln der Demokratie erfahren werden können.

Vor diesem Hintergrund hat die Bertelsmann Stiftung im Jahr 2004 gemeinsam mit ihren Partnern, dem Deutschen Kinderhilfswerk und UNICEF, die Initiative „mit**Wirkung!**“ ins Leben gerufen. Diese Initiative möchte dazu beitragen, dass sich junge Menschen aktiv und informiert in die Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens einbringen. Wesentlich für den Erfolg der Initiative ist die Herstellung von Transparenz zur Beteiligungssituation von Kindern und Jugendlichen, ihren Mitsprachemöglichkeiten und ihren Wünschen: Wie und in welchem Umfang können Kinder und Jugendliche in ihren Familien, in der Schule und im kommunalen Gemeinwesen Entscheidungen mitgestalten, die sie selbst betreffen? Welche Faktoren fördern das Engagement junger Menschen? Und nicht zuletzt: Wie nehmen junge Menschen die Angebote zur Partizipation in Schule und Kommune wahr?

Hierzu hat die Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Zürich und der Universität Münster bundesweit Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren in Städten und Gemeinden aller Größenordnungen und Regionen befragt. Die bislang umfassendste Untersuchung zum Partizipationsverhalten junger Menschen enthält darüber hinaus Angaben von Schulleitungen, Lehrern sowie Vertretern der Kommunalverwaltungen.

Einen wesentlichen Anteil an der Umsetzung der Untersuchung hatten renommierte Experten aus Wissenschaft und Praxis. Insbesondere möchte ich mich an dieser Stelle bei den Mitgliedern des Projektbeirates sowie dem Leiter der Untersuchung, Prof. Dr. Reinhard Fatke von der Universität Zürich und PD Dr. Dr. Helmut Schneider von der Universität Münster für ihr großes Engagement, das Einbringen ihrer fachlichen Expertise bei Konzeption, Durchführung und Auswertung der Studie und die gute Zusammenarbeit herzlich bedanken. Ebenso geht mein Dank für ihren hohen Arbeitseinsatz an Uta Strothotte, Melanie Stutz, Matthias Niklowitz und Dr. Jürg Schwarz, ebenfalls von der Universität Zürich, sowie an das Team von PD Dr. Dr. Schneider.

Der nun vorliegende Bericht zeigt die Realitäten der Mitsprachemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Familie, Schule und kommunalem Gemeinwesen und gibt einen Einblick in die Wünsche und Perspektiven der jungen Menschen. Er macht deutlich, welche Handlungsansätze zu einer besseren und wirksameren Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung unseres Gemeinwesens beitragen. Wenn wir die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sichern wollen, müssen wir junge Menschen schon frühzeitig für gesellschaftliches und politisches Engagement gewinnen. Hier sind vor allem wir Erwachsenen gefordert, indem wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und die Mitsprache von Kindern und Jugendlichen zulassen. Ich bin zuversichtlich, dass dies gelingen wird, denn ein zentrales Ergebnis unserer Untersuchung ist: Beteiligung kann man lernen!

Dr. Christof Eichert  
Mitglied der Geschäftsleitung  
Leiter des Themenfeldes Bildung

## Überblick

Die Initiative „mit**Wirkung!**“ der Bertelsmann Stiftung hat eine Stärkung der Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland zum Ziel. Junge Menschen sollen sich aktiv und informiert in die Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens einbringen können, indem sie in allen sie betreffenden Belangen mitwirken, mitentscheiden und Verantwortung übernehmen. Die aktive Mitwirkung fördert die Persönlichkeitsbildung und das politische Bewusstsein und dient der sozialen Integration und der Erziehung zur Demokratie. Dabei spielt die Partizipation im Gemeinwesen eine vorrangige Rolle, denn dies ist das wichtigste gesellschaftliche und politische Handlungsfeld, in dem sich auch entscheidet, welche Einstellungen junge Menschen zur Politik im Allgemeinen und zur Demokratie im Besonderen erwerben.

Voraussetzung für die Entwicklung von Strategien und Modellen sowie für eine nachhaltige Verankerung der Kinder- und Jugendpartizipation ist eine Bestandsaufnahme der Ist-Situation. Zu diesem Zweck wurden im Jahr 2004, verteilt über alle Städtegrößen und Bundesländer, 42 Kommunen ausgewählt, in denen insgesamt 12 084 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 12 und 18 Jahren nach ihren Erfahrungen mit Partizipation in Familie, Schule, Freizeit und Kommune befragt wurden. Gleichzeitig fand bei den 42 Kommunalverwaltungen eine Erhebung zu Strukturdaten, Partizipationsangeboten und deren Bedingungen statt. Außerdem wurden diejenigen 631 Lehrer<sup>1</sup>, welche die befragten Schüler unterrichten, sowie deren 422 Schulleiter zu Partizipationsmöglichkeiten in der Schule befragt.

Hinsichtlich der wichtigsten Merkmale stellen die für die Untersuchung gezogenen Stichproben insgesamt ein gutes Abbild der Grundgesamtheit dar.

Die Daten wurden sowohl auf jeder dieser vier Ebenen für sich als auch miteinander verbunden ausgewertet. Darüber hinaus wurden die Einflussgrößen, die für die Partizipation förderlich und hinderlich sind, sowie Erklärungen für die gefundenen Unterschiede in der Partizipationsintensität herausgearbeitet.

Um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist es (noch) nicht gut bestellt. Zwar ist im Bereich der Familie die Partizipationsintensität relativ hoch, aber in der Schule ist sie bereits deutlich geringer ausgeprägt, und an ihrem Wohnort wirken die Kinder und Jugendlichen im Durchschnitt nur wenig mit. Im Allgemeinen können die Kinder und Jugendlichen dort mitgestalten und mitentscheiden, wo die Interessen der Erwachsenen (Eltern wie Lehrer) nicht unmittelbar betroffen sind.

In der Kommune werden die vorhandenen Möglichkeiten wenig genutzt, u. a. weil den Kindern und Jugendlichen das Vertrauen in die Politiker fehlt und sie sich von diesen nicht ernst genommen fühlen. Dies ist eingebettet in eine stark ausgeprägte Unzufriedenheit mit der Politik allgemein. Dem entspricht der deutlich artikulierte Wunsch, dass in der Politik vieles verbessert werden müsste und Jugendliche mehr zu sagen haben sollten. Bei einer Mehrheit der Kinder und Jugendlichen herrscht der Wunsch nach mehr Ordnung im Staat und nach eindeutiger Orientierung in der Gesellschaft vor. Mehr als 35 Prozent der Befragten stimmen der Aussage völlig zu, „eine starke Hand müsste wieder mal Ordnung in unseren Staat bringen“.

---

<sup>1</sup> Diese Publikation verwendet vorwiegend die männliche Sprachform. Bei allen Personen- und Funktionsbezeichnungen sind stets auch weibliche gemeint.

In Bezug auf die Nutzung der kommunalen Partizipationsmöglichkeiten ergibt sich eine auffallend große Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Partizipation von Kindern und Jugendlichen einerseits und der Einschätzung einer Nutzung durch die Kommunalverwaltungen andererseits.

Besonders förderlich für die Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen in der Kommune ist es, wenn

- frühere Partizipationserfahrungen am Wohnort zur Zufriedenheit mit dem Ergebnis und mit dem Prozess geführt haben,
- sie auch in der Schule zufrieden stellende Partizipationserfahrungen gemacht haben,
- sie über die vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten gut informiert werden,
- sie den ausgeprägten Wunsch haben, selbst etwas zu verändern,
- sie Zutrauen zur eigenen Fähigkeit haben, sich einzubringen,
- sie einen Freundeskreis haben, der ebenfalls in der Kommune mitwirkt,
- sie in (Sport-)Vereinsaktivitäten engagiert sind.

Hier liegen die Ansatzmöglichkeiten für eine Stärkung der Partizipation. Da die Zufriedenheit mit Partizipationserfahrungen eine große Bedeutung dafür hat, ob und wie sehr Kinder und Jugendliche in der Kommune mitwirken, müssen die Angebote so ausgestaltet werden, dass die Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen zu konkreten Ergebnissen führt und nicht Dekoration oder Alibi bleibt. Nur dann kann Beteiligung zur Bildung der Persönlichkeit beitragen, das soziale Handlungsrepertoire junger Menschen erweitern und ihr gesellschaftliches und politisch-demokratisches Bewusstsein stärken. Es gilt also, Kinder und Jugendliche in der Schule und in der Kommune an attraktive Mitwirkungsangebote heranzuführen und dafür zu sorgen, dass sie mit dem Verlauf und dem Ergebnis ihres Mitwirkens zufrieden sind.

# 1 Einleitung

„Partizipation“ ist neben „Öffentlichkeit“ der wichtigste Grundpfeiler jedes demokratischen Gemeinwesens. Unter Partizipation ist zu verstehen, dass die Bürger das Gemeinwesen aktiv mitgestalten, dass sie in allen sie betreffenden Belangen mitwirken, mitentscheiden und Verantwortung übernehmen. Das gilt nicht nur für die Erwachsenen, sondern auch und in besonderem Maße für Kinder und Jugendliche als gleichberechtigte Mitglieder des Gemeinwesens. Denn eine aktive Mitwirkung in ihren Lebensbereichen – sei es in Familie, Schule, Freizeit, Verein oder Gemeinwesen insgesamt – festigt ihr Selbstvertrauen und trägt so zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung sowie zur Bildung ihres politischen Bewusstseins bei. Sie stärkt ihre Identifikation mit dem Gemeinwesen und dessen Institutionen, erweitert ihre Handlungsmuster und dient auf diese Weise ihrer sozialen und gesellschaftlichen Integration. In diesem Sinne ist Partizipation auch ein Mittel der Erziehung zur Demokratie.

Somit bedeutet Partizipation mehr als nur die deutsche Übersetzung des lateinischen Wortes: Teilhabe. Denn Teilhabe bedeutet im umgangssprachlichen Gebrauch im Allgemeinen nicht mehr, als sich an irgendetwas aktiv zu beteiligen. Viele Erwachsene – in der Politik und in der Erziehung – verstehen unter Partizipation nur, dass man Kinder und Jugendliche zu Wort kommen lässt und ihnen Gehör schenkt. So wird oft die Anwesenheit von Kindern oder Jugendlichen bei politischen Veranstaltungen, Anhörungen und Podiumsdiskussionen schon als Partizipation ausgegeben. Tatsächlich aber dienen sie dabei häufig nur als Staffage, als Dekoration und somit als Alibi. Erst wenn Kinder und Jugendliche an Entscheidungen mitwirken, die sie betreffen, wenn sie in wichtigen Belangen mitbestimmen und auf diese Weise aktiv ihre Lebensbereiche mitgestalten, kann von Partizipation im eigentlichen Sinne gesprochen werden.<sup>2</sup> So verstanden, bedeutet Partizipation von Kindern und Jugendlichen – in Übereinstimmung mit dem ursprünglichen lateinischen Wortsinn (*partem capere*) –, einen Teil der Verfügungsgewalt über die eigene Lebensgestaltung von den Erwachsenen zu übernehmen. Die Partizipation im öffentlichen Raum, d. h. auf der kommunalen Ebene, spielt aus dem Grunde eine besondere Rolle, weil die Kommune der wichtigste gesellschaftliche und politische Lernort ist, an dem sich auch entscheidet, welche Einstellungen junge Menschen zur Politik und deren Vertretern sowie zur Demokratie allgemein erwerben, ob Kinder und Jugendliche tatsächlich als Akteure ihrer eigenen Lebensgestaltung ernst genommen und in die Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens einbezogen oder ob sie nur für politische Zwecke der Erwachsenen instrumentalisiert werden.

Zwar gibt es noch andere wichtige Lebensbereiche, in denen Kinder und Jugendliche Partizipationserfahrungen sammeln können, nämlich die Familie und die Schule, aber diese sind von einem schützenden Rahmen umgeben und sind deshalb eher vor- und nebengelagerte Lernfelder für Partizipation in der Kommune. Die aus verschiedenen Jugendstudien der letzten Jahre bekannten Ergebnisse zur „Politikverdrossenheit“ lassen darauf schließen, dass die junge Generation viel zu selten Gelegenheit hat, Erfahrungen – und zwar gute – mit Partizipation im öffentlichen Raum zu sammeln.

---

<sup>2</sup> Das ist auch der Sinn von Art. 12 der „Konvention über die Rechte des Kindes“ der Vereinten Nationen: „Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“



Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen hat die Bertelsmann Stiftung unter dem Titel „mit**Wirkung!**“ eine Initiative zur Stärkung der Kinder- und Jugendpartizipation in der Kommune gestartet. Die Initiative hat zum Ziel, dass sich junge Menschen aktiv und informiert in die Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens einbringen. Aus dieser übergeordneten Zielsetzung werden folgende Teilziele abgeleitet:

- Herstellung von Transparenz über die gegenwärtige Partizipationssituation junger Menschen,
- Identifizierung von „Good practice“-Beispielen zur strukturellen Absicherung von Partizipation in Kommunen,
- Entwicklung von Strategien für die Aktivierung junger Menschen und Schaffung von Referenzmodellen für vorbildliche Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen ausgewählter Modellprojekte,
- nachhaltige und flächige Verankerung von Kinder- und Jugendpartizipation durch Transfer der Projektergebnisse.

Alle Teilziele der Initiative „mit**Wirkung!**“ sind darauf ausgerichtet, öffentliches Bewusstsein für die Notwendigkeit der Beteiligung junger Menschen zu schaffen.

## 1.1 Zielsetzungen der Untersuchung

Grundlegende Voraussetzung dafür, dass Kinder- und Jugendpartizipation auf kommunaler Ebene strategisch gestärkt und nachhaltig verankert werden kann, ist eine umfassende Analyse der gegenwärtigen Partizipationssituation von Kindern und Jugendlichen. Dabei geht es um zweierlei: erstens um eine beschreibende Bestandsaufnahme der Partizipationsangebote auf kommunaler Ebene und des tatsächlichen Partizipationsverhaltens junger Menschen und zweitens um die Identifizierung derjenigen Bedingungen, die für Mitwirkung, Beteiligung und Mitgestaltung in der Kommune förderlich bzw. hinderlich sind.

Zu diesen Bedingungen gehören, so ist zu vermuten, insbesondere folgende Einflussfaktoren: auf Seiten der Kommune die Partizipationsmöglichkeiten, zur Verfügung gestellte Ressourcen, politische Unterstützung, Informationsstrategien usw., auf Seiten der Kinder und Jugendlichen ihre Partizipationserfahrungen aus Familie, Schule und Freizeitbereich, und die Zufriedenheit, die sie mit dem Prozess und mit den Ergebnissen verbinden, ferner ihre Kenntnis bestehender Partizipationsmöglichkeiten, ihr politisches Interesse und das Partizipationsengagement ihrer Freunde. Alle diese Bedingungen sind in einem Modell, das mehrere Ebenen umfasst, zusammenzubringen, damit das tatsächliche Partizipationsverhalten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland erklärt werden kann.

## 1.2 Design der Untersuchung

Die erste Aufgabe, die sich für die empirische Untersuchung stellte, bestand in der Bildung einer Stichprobe von 42 deutschen Städten und Gemeinden. Diese Zahl ist unter forschungsökonomischen Gesichtspunkten vertretbar, und sie erlaubt gleichzeitig, ein repräsentatives Abbild der Partizipationssituation junger Menschen in Deutschland zu gewinnen und darüber hinaus mit den Städten und Gemeinden in einen Dialog zu treten. Die Auswahl dieser 42 Kommunen musste so erfolgen, dass sie wissenschaftlichen Kriterien der Stichprobenbildung genügt. Voraussetzung dafür ist eine hinreichend breite und differenzierte Kenntnis der Grundgesamtheit aller Städte und Gemeinden in Deutschland. Da sekundärstatistisches Material über deutsche Kommunen nur eingeschränkt verfügbar ist und außerdem neben den allgemeinen Strukturdaten auch Angaben über das in den Kommunen vorhandene Angebot an Partizipationsmöglichkeiten notwendig sind, wurde zunächst (im Jahr 2004) eine Basiserhebung durchgeführt. Auf der Grundlage einer Gesamtliste aller rund 14 300 Städte und Gemeinden wurde eine Zufallsstichprobe von rund 2 200 Kommunen gezogen. Diese Kommunen wurden gebeten, Angaben zu den wichtigsten Strukturdaten (z. B. Einwohnerzahl und -dichte, Steuereinnahmekraft, Anteil Einwohner unter 18 Jahren, Anteil Ausländer an der Bevölkerung usw.) sowie erste Angaben über vorhandene Partizipationsangebote zu übermitteln. Der hohe Rücklauf von 564 Kommunen ermöglichte es, die kommunale Landschaft in Deutschland repräsentativ abzubilden.<sup>3</sup>

Von den 564 Kommunen erklärten sich 317 interessiert und bereit, an der umfassenden Erhebung zur Partizipation teilzunehmen. Diese Kommunen wurden hinsichtlich der wichtigsten Kriterien, die für die Partizipation relevant schienen, nach dem Ausmaß der eingesetzten Ressourcen und der Anzahl der Partizipationsangebote in vier Quadranten eingeteilt. Aus diesen Quadranten wurden Zufallsstichproben von je 10 Kommunen gezogen. Anschließend wurden einige kleinere Anpassungen hinsichtlich Städtegröße und regionaler Verteilung vorgenommen, wobei die Stichprobe um zwei leicht erhöht wurde, aber die Grundstruktur der Verteilung gewahrt blieb. Am Ende resultierte daraus eine Stichprobe von 42 Kommunen<sup>4</sup>, die über alle Bundesländer verteilt ist und alle Städtegrößen berücksichtigt (siehe Tabelle 1 im Anhang).<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Siehe dazu den Bericht der Bertelsmann Stiftung „Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland – Ergebnisse einer Strukturdatenerhebung in 564 Städten und Gemeinden“. Gütersloh 2005.

<sup>4</sup> Im Anschluss an die Haupterhebung sind in einer zweiten Erhebungswelle noch acht Kommunen aus Schleswig-Holstein hinzugekommen, sowie eine weitere, die ursprünglich für die Haupterhebung vorgesehen war. Die Untersuchungsergebnisse und die Modellberechnungen in diesem Bericht basieren aufgrund der zeitlichen Verschiebung auf der Auswertung der 42 Kommunen der ersten Erhebungswelle.

<sup>5</sup> Entsprechend den Rahmenvorgaben der Initiative „mitWirkung!“ war es nicht sinnvoll, eine Repräsentativität der Kommunenstichprobe anzustreben, da dies zu einer hohen Zahl von kleineren Städten (bis 20 000 Einwohner) in der Stichprobe geführt hätte, denn diese machen den weitaus größten Teil der rund 14 300 Kommunen in Deutschland aus. Stattdessen sind jetzt die Großstädte (über 100 000 Einwohner) in der Stichprobe deutlich überrepräsentiert, was sich damit begründen lässt, dass durch eine bevorzugte Berücksichtigung der größeren Städte die Entwicklung von Referenzmodellen für Kinder- und Jugendbeteiligung und insbesondere deren nachhaltige Verankerung durch Transfer der Projektergebnisse gefördert wird. Gleichzeitig bildet die Stichprobe dadurch einen weitaus größeren Anteil der Grundgesamtheit ab, weil in den Großstädten mehr Menschen leben. Schließlich ist für die Großstädte wegen ihrer zumeist höheren Problembelastung die Mitwirkung ein besonders bedeutsames Thema.

Im Anschluss an die Auswahl von 42 Kommunen galt es, eine entsprechende Stichprobe von Kindern und Jugendlichen in jeder Kommune aufzubauen. Grundlage dafür bildeten die von den Kommunen bereitgestellten Schulstrukturdaten mit der Anzahl von Schulklassen, verteilt auf die einzelnen Altersjahrgänge in den verschiedenen Schultypen.<sup>6</sup> Aus diesen Datensätzen wurden nach dem Zufallsprinzip jeweils ganze Schulklassen als Befragungseinheiten gezogen, wobei die Anzahl von der Größe der Kommune abhing. So ergaben sich Stichproben im Umfang von ca. 300 bis ca. 600 Schülern pro Kommune.

Um die Antworten der Kinder und Jugendlichen zu ihrem Partizipationsverhalten am Wohnort den Angaben der Kommune bezüglich ihres Partizipationsangebots gegenüberstellen und dann gegeneinander spiegeln zu können, wurden auch die Kommunalverwaltungen befragt. Außer, dass dadurch ein ergänzendes Gegenbild zu den Angaben der Kinder und Jugendlichen gewonnen werden kann, lassen sich weitere Faktoren untersuchen, die auf Seiten der Kommune für die Realisierung von Partizipationsangeboten maßgebend sein können: Größe, geographische Lage, Finanzkraft, Ressourcen, die für die Partizipation zur Verfügung gestellt werden, Informationspolitik, Zusammenarbeit verschiedener Träger, Schulung des Personals, Zugänglichkeit der Angebote u. Ä. Alles dies kann einen entscheidenden Einfluss nicht nur auf das Angebot als solches haben, sondern auch darauf, in welchem Maße es von den Kindern und Jugendlichen in der Kommune wahrgenommen und genutzt wird.

Das Gleiche gilt für den Bereich der Schule. Als öffentliche Institution dürfte die Schule eine besondere Rolle dabei spielen, welche Mitwirkungserfahrungen die Kinder und Jugendlichen im Laufe ihres Entwicklungs- und Erziehungsprozesses machen. Aus diesem Grunde wurden auch die Leiter derjenigen Schulen, aus denen die Schulklassen für die Stichprobe gezogen wurden, befragt und darüber hinaus gezielt diejenigen Lehrer, die diese Schüler unterrichten. Auf diese Weise können die Angaben der Kinder und Jugendlichen, wie und unter welchen Bedingungen sie in der Schule mitwirken, an den entsprechenden Angaben der Schulleitungen und der Lehrerschaft gespiegelt werden.

Insgesamt wurden in der Untersuchung also Daten auf vier verschiedenen Ebenen erhoben, die miteinander in Beziehung stehen: In 42 Städten und Gemeinden wurden die für Partizipation zuständigen Verwaltungsmitarbeiter, sodann die Leiter von insgesamt 422 Schulen, ferner 631 Lehrer an diesen Schulen sowie 14 378 Kinder und Jugendliche befragt.

Damit ist diese Untersuchung nicht nur zahlenmäßig die größte, sondern durch die zusätzliche Einbeziehung der Schul- und Kommune-Ebenen auch die umfassendste wissenschaftliche Studie, die bisher zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen durchgeführt worden ist.

---

<sup>6</sup> Da die Untersuchungsstichprobe auf die 12- bis 18-Jährigen Schüler beschränkt werden sollte, wurden Grundschulen nicht in die Auswahl einbezogen. Auch Sonderschulen wurden nicht berücksichtigt, weil hier die meisten Schüler vom Fragebogen überfordert worden wären. Damit unter den 16- bis 18-Jährigen nicht ausschließlich Gymnasiasten vertreten wären, wurden auch die Berufs(fach)schulen in die Ziehung einbezogen.

### 1.3 Beschreibung der Stichproben der Untersuchung<sup>7</sup>

Bestimmte strukturelle Merkmale der 42 befragten<sup>8</sup> Kommunen (Ausländeranteil, Anteil Einwohner unter 18 Jahren und über 65 Jahren) entsprechen, abgesehen von kleinen Abweichungen, denjenigen auf Bundesebene (siehe Tabelle 2 im Anhang). Nur die Erwerbslosenquote und die Steuereinnahmekraft liegen jeweils etwa um ein Viertel über dem Bundesdurchschnitt.<sup>9</sup>

Gewisse Strukturmerkmale variieren über die Städtegrößen hinweg. Beispielsweise sind die Höhe des prozentualen Anteils an Ausländern und an Einwohnern unter 18 Jahren sowie die Steuereinnahmekraft eng an die Größe der Kommune geknüpft. Der durchschnittliche Anteil an Ausländern an der Bevölkerung nimmt mit der Größe der Kommune zu, und gleichzeitig sinkt der Anteil an Einwohnern unter 18 Jahren. Auch weisen größere Orte in der Stichprobe eine höhere Steuereinnahmekraft auf.

In der Stichprobe der Schulen sind im Vergleich zur Grundgesamtheit die Gymnasien (mit 32,3 Prozent) am stärksten vertreten. Auch der Anteil an Privatschulen und Gesamtschulen in der Stichprobe liegt leicht über dem Bundesdurchschnitt. Hauptschulen, Realschulen und Berufs(fach)schulen sind in der Stichprobe im Vergleich zum Bundesdurchschnitt am wenigsten vertreten. Diese Verteilung wurde mittels eines in der Statistik bewährten Verfahrens der Nachgewichtung korrigiert.<sup>10</sup> – Der Rücklauf der Fragebogen von den Schulen war hoch: Er betrug 78 Prozent (bei den Schulleitern) bzw. 77 Prozent (bei den Lehrern).

Noch höher war der Fragebogenrücklauf bei den Kindern und Jugendlichen: Von 742 angeschriebenen Schulklassen schickten 654 den Fragebogen zurück. Das entspricht 88 Prozent bzw. 14 378 Schülern. Darunter befanden sich allerdings auch etliche, die außerhalb der Altersspanne liegen, auf die sich die Untersuchung konzentriert: 10- und 11-Jährige, die sich in der 6. Klasse befinden, und über 18-Jährige, die noch im Gymnasium und dann vor allem in der Berufs(fach)schule sind. Aufgrund der Zielgruppenausrichtung des Projektes wurden in der Folge nur die Fragebogen derjenigen Schüler in die weitere Analyse einbezogen, deren Geburtsjahrgänge zwischen 1986 und 1992 (jeweils einschließlich) lagen und die folglich zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 12 und 18 Jahren alt waren. Das ergab eine Stichprobe von 12 084 Kindern und Jugendlichen (siehe Abbildung 1 im Anhang).

In Bezug auf die Geschlechterverteilung (48,2 Prozent Jungen und 51,8 Prozent Mädchen), das Alter sowie die Familien- und Wohnsituation ist die Stichprobe repräsentativ. 90 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen wurden in Deutschland geboren. Was ihre Eltern betrifft, so wurden 77,3 Prozent der Väter und 79,8 Prozent der Mütter in Deutschland geboren.

<sup>7</sup> Detaillierte Angaben über die Stichproben befinden sich im Anhang (siehe Seite 47).

<sup>8</sup> Der Rücklauf betrug 100 Prozent.

<sup>9</sup> Diese Diskrepanz hängt vor allem damit zusammen, dass in der Stichprobe, wie erwähnt, relativ viele Großstädte und nur wenige Kleinstädte vertreten sind.

<sup>10</sup> Ein Gewichtungsfaktor passt die Stichprobe an die Verteilung an, die durch das Stichprobendesign vorgegeben ist (Design-Gewichtung).

Nach einer analog der Schulstichprobe durchgeführten Gewichtung stellt sich die Verteilung der Befragten auf die verschiedenen Schultypen wie folgt dar: Die beiden größten Gruppen (zusammen 51,2 Prozent) bilden die Schüler des Gymnasiums (30,7 Prozent) und der Realschulen (20,5 Prozent). 17,8 Prozent besuchen die Berufs(fach)schulen und 17,1 Prozent die Hauptschule. 7,6 Prozent der Kinder und Jugendlichen gehen in die Gesamtschule. Die übrigen 6,3 Prozent verteilen sich auf Privatschulen (1,2 Prozent) und andere Schulen (5,1 Prozent) (siehe Abbildung 2 im Anhang). Nach dieser Gewichtung wird die Schulstruktur in Deutschland in der Untersuchung repräsentativ abgebildet.

## 2 Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Familie, Schule und Kommune – Darstellung der Ergebnisse

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht das tatsächliche Partizipationsverhalten von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Was damit gemeint ist, wurde bereits in der Einleitung dargelegt. Im Fragebogen für die Kinder und Jugendlichen wurde der Begriff vorwiegend mit „Mitwirkung“ übersetzt (manchmal, wenn der Zusammenhang es geraten erscheinen ließ, auch mit „Beteiligung“ und „Mitbestimmung“), und es wurde betont, dass damit stets die „aktive Teilnahme an Planungen, Entscheidungen und deren Verwirklichungen, die deinen Lebensraum betreffen“, gemeint sei. Diese Formulierung lehnt sich an die in der internationalen Partizipationsforschung gängige Operationalisierung an. Ähnliche Erläuterungen wurden in den Fragebogen für die Kommunen, Schulleitungen und Lehrer gegeben.<sup>11</sup>

Die Kinder und Jugendlichen wurden so detailliert und so konkret wie möglich danach gefragt, an welchen Partizipationsangeboten sie in welchem Ausmaß bereits teilgenommen haben bzw. in welcher Weise sie selbst von sich aus aktiv geworden sind, um das kommunale Leben mitzugestalten. Zu diesem Zweck wurde die ganze Vielfalt von möglichen Partizipationsformen in der Kommune abgefragt, ferner die inhaltlichen Themen, die für die Partizipation der Kinder und Jugendlichen relevant sind, die Gründe, die für ihr Partizipieren (bzw. Nicht-Partizipieren) den Ausschlag geben. Ihre Erfahrungen dabei, ihre Einstellungen zum Gemeinwesen und zu übergreifenden politischen Themen sowie ihre Freizeitbeschäftigungen allgemein und ihre Aktivitäten in Vereinen und anderen Organisationen waren ebenfalls Gegenstand der Befragung.

Bekannt ist, dass Verhalten von Kindern und Jugendlichen (nicht nur im Bereich der Partizipation) einerseits bereichsspezifisch ist, d. h. in den verschiedenen Lebensbereichen (Familie, Schule und Kommune) in unterschiedlich starkem Maß ausgeprägt sein kann. Andererseits lässt sich vermuten, dass Erfahrungen in dem einen Lebensbereich aufgrund von Lerneffekten auch das Verhalten in anderen Lebensbereichen mitbestimmen können. Deshalb wurden die Kinder und Jugendlichen auch nach den Partizipationsmöglichkeiten und -erfahrungen in der Familie einerseits und in der Schule andererseits gefragt.

Im Folgenden werden die Ergebnisse aus der Befragung der Kinder und Jugendlichen dargestellt und diskutiert, getrennt nach ihren Lebensbereichen Familie, Schule und Kommune. Wo es angebracht ist, werden diese gespiegelt an den Angaben der Schulleitungen und der Lehrer sowie der Kommunalverwaltung.

---

<sup>11</sup> Zu beachten war dabei, dass die untersuchten Personengruppen durchaus unterschiedliche Bedeutungsgehalte selbst mit so scheinbar eindeutigen Begriffen wie „Mitwirkung“, „Mitbestimmung“ und „Beteiligung“ verbinden und außerdem diese Begriffe in unterschiedlichen Textzusammenhängen eine jeweils andere Bedeutungsnuance erhalten. Beispielsweise wird „Mitwirkung“ im Elternhaus eher als „Mithelfen im Haushalt“ verstanden. Und „Beteiligung“ bedeutet in der Schule, dass man aufmerksam ist, fleißig mitarbeitet und sich oft meldet. In kommunalen Projekten wird überwiegend der Begriff „Beteiligung“ verwendet, worunter „Mitwirken“, „Mitgestalten“ verstanden wird. – Dieses Begriffsproblem lässt sich nicht grundsätzlich ausschalten, sondern lediglich durch möglichst genaue Formulierungen der Fragen einschränken. Ferner folgt daraus: Der sprachliche Zusammenhang der Fragen muss so sein, dass mit großer Wahrscheinlichkeit alle Befragten darunter das verstehen, was in dieser Untersuchung mit „Partizipation“ gemeint ist.

## 2.1 Mitbestimmung in der Familie

Es ist davon auszugehen, dass in der Familie als erster Sozialisationsinstanz das spätere Partizipationsverhalten von Kindern und Jugendlichen auch außerhalb des häuslichen Bereiches grundlegend geprägt wird. Deshalb wurden die Kinder und Jugendlichen in der Untersuchung auch danach gefragt, wie sehr sie insgesamt und bei welchen Themen im Einzelnen sie zu Hause mitbestimmen. Außerdem wurden sie gefragt, wie zufrieden sie mit den Ergebnissen sind und was es ihnen – auch abgesehen vom Ergebnis – persönlich bringt, wenn sie zu Hause mitbestimmen.

Das Ergebnis ist eindeutig: Drei Viertel der Befragten (74,6 Prozent) geben an, viel oder sehr viel zu Hause mitzubestimmen, wobei die älteren Jugendlichen signifikant höhere Werte aufweisen als die Jüngeren. Betrachtet man die Anzahl der Themen, bei denen zu Hause mitbestimmt wird, so geben die Kinder und Jugendlichen an, dass sie von den insgesamt 18 vorgegebenen Themen im Durchschnitt bei gut vier Fünftel mitbestimmen, allerdings in unterschiedlich hohem Ausmaß.

Ein genauer Blick auf die Themen zeigt, dass diese sich einteilen lassen in solche, die auch die Eltern direkt betreffen, und solche, von denen die Eltern nicht unmittelbar betroffen sind (siehe Tabelle 3). Die Gesamtmittelwerte unterscheiden sich hier sehr stark voneinander. Das bedeutet, dass das relativ hohe Maß an Mitbestimmung in der Familie relativiert werden muss: Die Eltern sind offenbar weniger bereit, ihre Kinder dann mitbestimmen zu lassen, wenn es sich um Themen und Bereiche handelt, bei denen sie selbst mitbetroffen sind, d. h. bei denen sie von ihrer Verfügungsmacht einen Teil abgeben müssen.

Tabelle 3: Mitbestimmung zu Hause

Entscheidungen, die die Eltern direkt betreffen	Mittelwert
... wie lange ich im Festnetz telefoniere.	3,9
... um welche Uhrzeit ich abends nach Hause komme.	3,7
... wobei ich im Haushalt mithelfe.	3,5
... was es zu essen gibt.	3,5
... ob ein Haustier angeschafft wird.	3,3
... um welche Uhrzeit wir essen.	2,8
... wie viel Taschengeld ich bekomme.	2,8
<b>Gesamtmittelwert</b>	<b>3,4</b>

Entscheidungen, die die Eltern nicht direkt betreffen	Mittelwert
... wofür ich mein Taschengeld ausbebe.	4,8
... ob ich Freunde einlade.	4,6
... wie lange ich mit dem Handy telefoniere.	4,5
... wie mein Zimmer aussieht.	4,4
... ob ich bei Freunden übernachte.	4,2
... wie lange ich im Internet bin.	4,1
... ob Freunde bei mir übernachten.	4,1
<b>Gesamtmittelwert</b>	<b>4,4</b>

1 = ich bestimme nie mit, 5 = ich bestimme immer mit

Ferner zeigen die Ergebnisse folgenden engen Zusammenhang auf: Je zufriedener die Kinder und Jugendlichen mit dem Ergebnis und dem persönlichen Gewinn ihres Mitwirkens sind, desto häufiger bestimmen sie auch tatsächlich mit.

Andere Annahmen, wie z. B. signifikante Unterschiede im Partizipationsverhalten von Jungen und Mädchen oder auch zwischen denen, die in Deutschland, und denen, die im Ausland geboren sind, haben sich nicht bestätigt. Gleichfalls ist kein Einfluss der Familienform (z. B. Eineltern-Familien, Zahl der Geschwister) auf das Mitbestimmungsverhalten der Kinder und Jugendlichen in der Familie auszumachen.

## 2.2 Mitwirkung in der Schule

Im Vergleich zur Familie ist die Mitwirkung in der Schule weitaus weniger stark ausgeprägt. Statt 74,6 Prozent (in der Familie) geben für den Bereich der Schule nur 14,5 Prozent der Kinder und Jugendlichen an, dass sie viel oder sehr viel mitwirken.

### 2.2.1 Mitwirkung bei Entscheidungen in der Schulklasse und im Unterricht

Die Schulklasse ist der unmittelbare Bereich, in dem die Schüler Partizipationserfahrungen sammeln können – oder auch nicht. Sie wurden anhand von neun vorgegebenen Entscheidungsfeldern befragt, ob und, wenn ja, in welcher Weise sie einbezogen werden.<sup>12</sup> Das Bild, das sich ergibt, ist gemischt: 4,5 Prozent geben an, dass sie niemals einbezogen werden; 5,1 Prozent werden bei einer Thematik einbezogen, weitere 8,2 Prozent bei zwei, 17,6 Prozent bei bis zu fünf, und nur 6 Prozent bzw. 4,2 Prozent werden bei acht bzw. allen neun Thematiken einbezogen, obwohl alles Themen sind, welche die Schüler unmittelbar berühren.

**Tabelle 4: Einbeziehung der Schüler bei Entscheidungen im Unterricht**

<b>Entscheidungen, die die Lehrer nicht direkt betreffen</b>	<b>Prozent</b>
Sitzordnung im Klassenzimmer	76,4
Ausgestaltung des Klassenzimmers	72,9
Auswahl von Klassenfahrtzielen	72,4

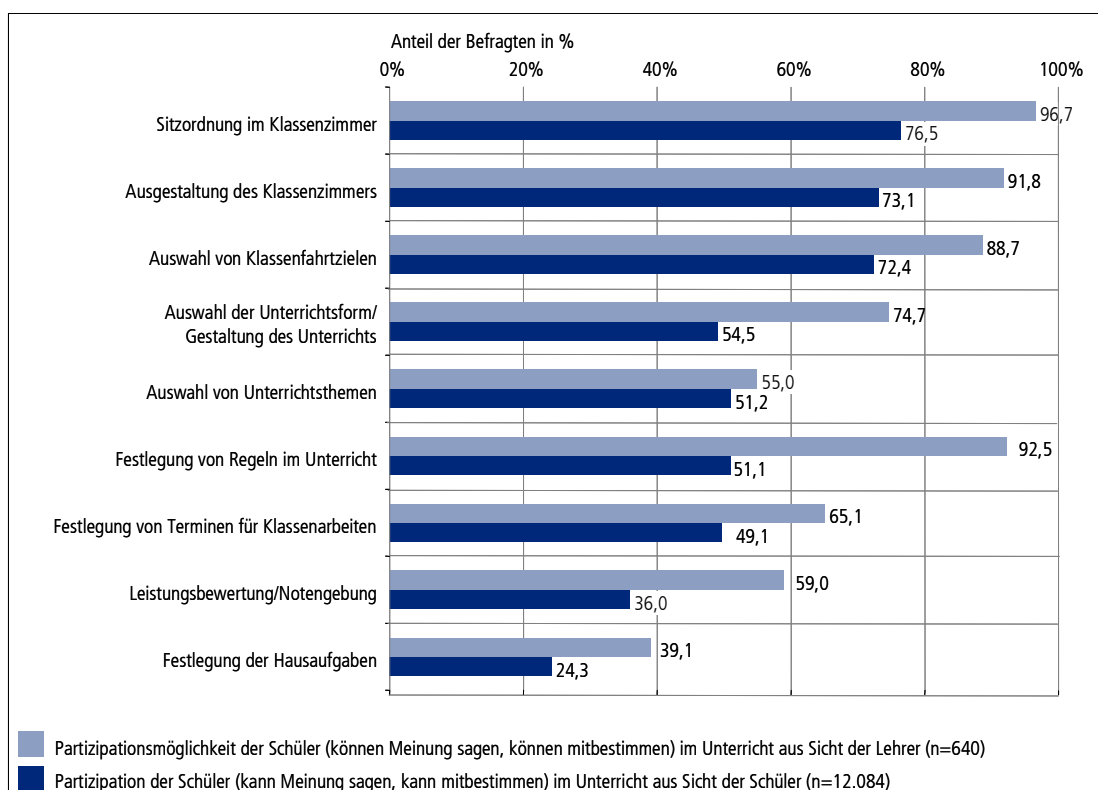
<b>Entscheidungen, die die Lehrer direkt betreffen</b>	<b>Prozent</b>
Gestaltung des Unterrichts	54,4
Auswahl von Unterrichtsthemen	51,0
Festlegung der Regeln im Unterricht	50,9
Festlegung von Terminen für Klassenarbeiten	49,0
Leistungsbewertung/Notengebung	35,9
Festlegung der Hausaufgaben	24,3

<sup>12</sup> Als „einbezogen werden“ gilt auch, wenn sie „ihre Meinung sagen“ können, hingegen nicht, wenn sie lediglich „informiert“ werden.



Aufschlussreich ist es, wenn die Entscheidungsfelder wieder untergliedert werden in solche, von denen die Lehrer weniger stark betroffen sind, und solche, die ihre pädagogische Autorität unmittelbar berühren (siehe Tabelle 4). Hohe Partizipationswerte (bis fast 77 Prozent) melden die Schüler, wenn es um die Sitzordnung in der Klasse, die Ausgestaltung des Klassenzimmers oder die Klassenfahrt geht. Ein Absinken der Werte (auf 54,4 Prozent bis unter 50 Prozent) ist dort zu verzeichnen, wo es um den Unterricht selbst geht (z. B. Themenauswahl, Unterrichtsgestaltung). Und bei Fragen der Leistungsbewertung und der Festlegung der Hausaufgaben sinken die Werte nochmals drastisch ab (auf 35,9 Prozent bzw. 24,3 Prozent). Diese Bereiche, bei denen die Schüler weitaus weniger in Entscheidungen einbezogen werden, drücken auch den Gesamtwert ihrer Mitbestimmung im Unterricht.

**Abbildung 3: Gegenüberstellung der Themen, bei denen Kinder und Jugendliche im Unterricht einbezogen werden, und der Beteiligungsmöglichkeiten im Unterricht aus Sicht der Lehrer**



Überraschend und aufschlussreich zugleich ist, dass die befragten Lehrer durchweg angeben, dass sie die Schüler in weitaus höherem Maße bei Entscheidungen im Unterricht einbeziehen als dieses von Schülern wahrgenommen wird (siehe Abbildung 3). Da die Frage beiden Gruppen nahezu identisch gestellt wurde, sind die Unterschiede nicht auf Formulierungsabweichungen zurückzuführen, sondern auf das unterschiedliche Antwortverhalten der beiden Gruppen. Die Rangfolge der Themen hinsichtlich der Mitbestimmungsmöglichkeiten ist bei Lehrern und Schülern indes weitgehend gleich.

Es lässt sich zusammenfassen, dass die Schüler am häufigsten bei Entscheidungen einbezogen werden, die das Unterrichten selbst und damit das professionelle Selbstverständnis sowie die pädagogische Autorität der Lehrer nicht direkt betreffen, sondern eher die Rahmenbedingungen. Am seltensten werden sie bei Entscheidungen einbezogen, die das Abprüfen und die Bewertung ihrer Leistungen betreffen.

### 2.2.2 Mitwirkungsformen und Mitwirkungsthemen im Schulleben

Die Frage nach konkreter Beteiligung bei Mitwirkungsformen der verschiedensten Art in der Schule ergibt, dass 23,5 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen bei gar keiner und weitere 27,1 Prozent bei nur einer Form mitgewirkt haben. Die anderen 49,4 Prozent haben bei zwei bis zu zehn Formen Partizipationserfahrungen an ihrer Schule gesammelt, davon nur 7,2 Prozent bei mehr als fünf Formen.

Die häufigsten Nennungen erhielten mit 48,4 Prozent der Befragten Projekttage bzw. Projektwochen. Mit 34,1 Prozent hat ein großer Anteil bereits das Amt des Klassensprechers übernommen<sup>13</sup>, und 30,7 Prozent haben schon bei Schulfesten aktiv mitgewirkt. Insgesamt gesehen, scheint das einerseits dafür zu sprechen, dass sich in denjenigen Mitwirkungsformen, die mit Spaß und Vergnügen (Schulfest), mit selbstwertfördernder Verantwortung (Klassensprecher) oder mit Eigenaktivität und Kreativität (Projekttag) verbunden sind, sehr gut Partizipation verwirklichen lässt. Andererseits ist zu bedenken, dass diese Formen zu den institutionalisierten Mitwirkungsmöglichkeiten gehören, sodass die relativ häufigen Nennungen auch nicht überraschen.

Das Angebot an Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule ist aus Sicht der Schulleiter reichhaltig. Der größte Teil der befragten Schulen (82,3 Prozent) hat eine Schülervertretung bzw. Schülermitverwaltung. Aber nur 12,8 Prozent der Schüler nutzen diese Möglichkeit (siehe Tabelle 5 im Anhang). Das verwundert aber nicht sehr, da in der Schülermitverwaltung jeweils nur ein kleiner Anteil der Schüler aktiv sein kann. Darüber hinaus wurde auch nach einem Schülerparlament gefragt, das es in vielen Städten als Gremium gibt, in dem alle Schulen (in der Regel die Schulsprecher) vertreten sind. Jede zweite Schule gibt an, dass ein solches Schülerparlament als Angebot besteht. Dagegen haben die Kinder und Jugendlichen kaum Erfahrungen in diesem Gremium gesammelt. Lediglich 5,3 Prozent geben an, dass sie in einem solchen Gremium bereits mitgewirkt haben.

Von den Schulleitern wurden als weitere Mitwirkungsmöglichkeiten vor allem folgende genannt: Schulaktionen (62,1 Prozent), Klassensprecherkonferenzen (54,4 Prozent), Klassenräte (45,5 Prozent). Am wenigsten scheinen an den Schulen noch neuere Formen wie z. B. die Zukunftswerkstatt (7,3 Prozent der Nennungen) oder „Service Learning“-Projekte (11,9 Prozent) etabliert zu sein.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Dies ist ein überraschend hoher und bisher noch nicht erklärbarer Wert, wenn man bedenkt, dass in der Regel pro Schulklasse nur einmal im Jahr das Amt von einer oder zwei Personen (mit vielleicht noch ein bis zwei Stellvertretungen) besetzt wird.

<sup>14</sup> Auch auf den Schulsanitätsdienst (24,2 Prozent) und den Schülerlotsendienst (7,7 Prozent) entfallen nur wenige Nennungen.

Von allen Schultypen weisen Gymnasien und Gesamtschulen ein signifikant breiteres Mitwirkungsangebot auf als die übrigen. Auffallend ist der Befund, dass an Berufs(fach)schulen die Verschiedenartigkeit von Mitwirkungsformen signifikant geringer ist als an anderen Schulen. Die Berufs(fach)schulen bieten durchschnittlich zwischen zwei bis drei der möglichen Formen an, während die übrigen Schulen zwischen vier und fünf Angebote bereitstellen. Dieser Sachverhalt lässt sich vermutlich damit erklären, dass Berufs(fach)schulen in der Regel ihre Schüler nicht die ganze Woche über bzw. in Blöcken unterrichten.

Das gleiche Ergebnis findet sich bei der Vielfalt der Mitwirkungsthemen. Es sind wiederum die Berufs(fach)schulen, die eine bedeutend geringere Vielfalt an Themen aufweisen als die übrigen Schulen. Dies hängt damit zusammen, dass sie auch eine kleinere Vielfalt an Mitwirkungsformen an ihren Schulen bereitstellen als die anderen Schulen.

Über alle Schultypen hinweg wird von den Schülern am häufigsten das Mitwirkungsthema „Planung von Freizeitangeboten“ genannt (siehe Tabelle 6 im Anhang). 60,4 Prozent von ihnen haben zu diesem Thema schon einmal mitgewirkt. Aus Sicht der Schulleiter jedoch findet sich dieses Mitwirkungsangebot auf einem der hinteren Rangplätze (Rang 10 von 14). Das Thema „Hilfe für Menschen in Not“ scheint von besonderer Wichtigkeit zu sein, denn es nimmt sowohl bei den Schülern als auch bei den Schulleitern Rang 2 ein. Bei der Gewaltprävention bzw. dem Umgang mit Konflikten an den Schulen hat fast jeder Zweite bereits einmal mitgewirkt. Dieser Befund überrascht nicht, da beinahe alle Schulen (94,2 Prozent) zu diesem Thema bereits Beteiligungsmöglichkeiten angeboten haben. Auch das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern und weltpolitische Themen, wie Krieg und Globalisierung, rangieren sowohl bei den Schülern als auch bei den Schulleitern auf den oberen Plätzen (5 bzw. 4).

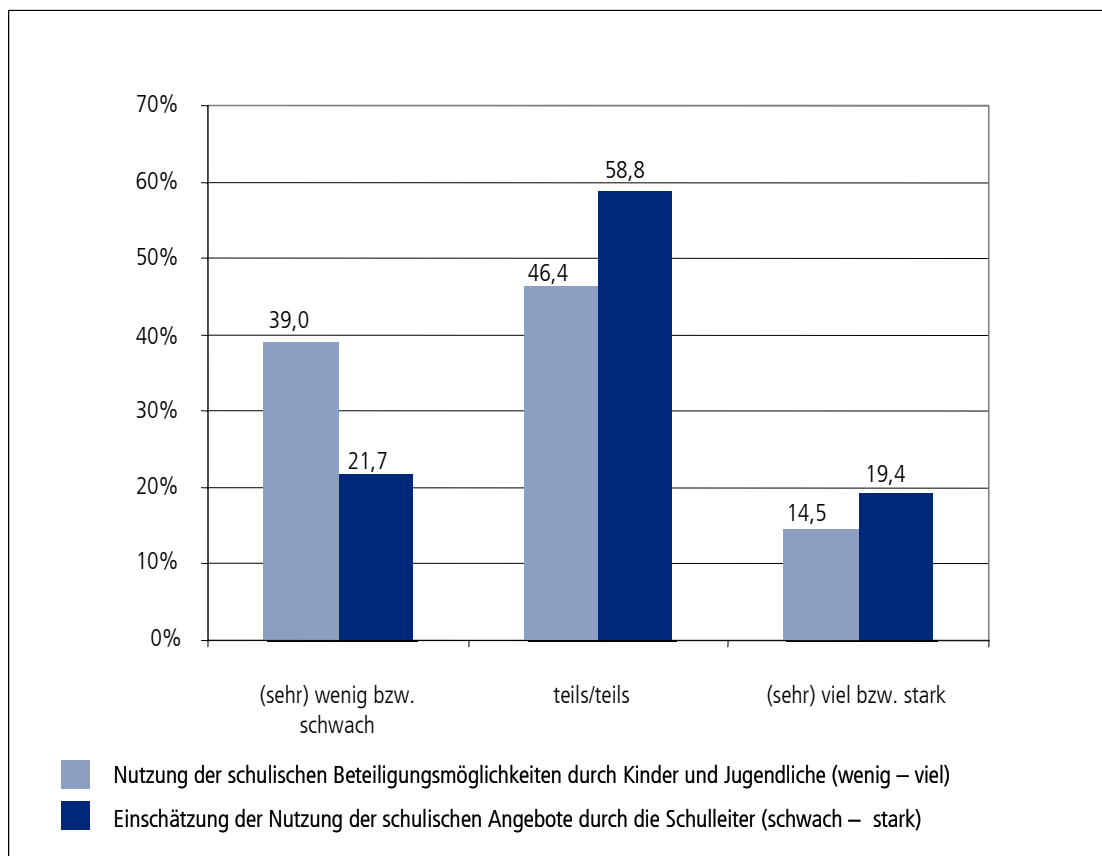
Die Themen mit der seltensten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sind „Gestaltung von Verkehrsverbindungen (z. B. Bushaltestellen, Fahrtzeiten)“ (82,9 Prozent haben noch nie mitgewirkt) und „Gestaltung von sicheren Schulwegen“ (80,1 Prozent haben noch nie mitgewirkt). Dieser Sachverhalt spiegelt sich in den Angaben der Schulleitungen wider: 30,3 Prozent bzw. 28,2 Prozent von ihnen geben an, dass Mitwirkungsangebote bei den Themen „Schulweggestaltung“ und „Gestaltung von Verkehrsverbindungen“ in ihren Schulen existieren.

### 2.2.3 Nutzung der Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule

Neben der Frage nach den Faktoren, die mit dem schulischen Partizipationsverhalten der Kinder und Jugendlichen zusammenhängen, ist die Frage von Interesse, wie es mit der Nutzung der Partizipationsmöglichkeiten an den Schulen aussieht<sup>15</sup> (siehe Abbildung 4).

39 Prozent der Schüler nutzen die Mitwirkungsmöglichkeiten an ihren Schulen wenig bis sehr wenig, weitere 46,4 Prozent zum Teil und 14,5 Prozent viel bis sehr viel. Aus Sicht der Schulleitungen stellt sich die Nutzung der Beteiligungsangebote allerdings ganz anders dar: 58,8 Prozent der Schulleiter denken, dass die Beteiligungsangebote teils/teils genutzt werden (also weder stark noch schwach), während 19,4 Prozent die Nutzung als stark oder sogar als sehr stark einschätzen. Und nur 21,7 Prozent geben an, dass die Nutzung der Beteiligungsmöglichkeiten durch die Schüler schwach bis sehr schwach ist.

**Abbildung 4: Gegenüberstellung der Nutzung der Partizipationsmöglichkeiten in der Schule aus Sicht der Schüler und der Schulleiter**



<sup>15</sup> Hierbei wurden die Antworten der Schulleitung auf die Frage, wie stark die Schüler die angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten nutzen, an deren Antworten auf die Frage, wie sehr sie in ihrer Schule mitwirken können, gespiegelt (in beiden Fällen auf einer Fünferskala).

## 2.2.4 Ressourcen und Rahmenbedingungen

Grundsätzlich werden von den Schulleitungen sowohl die personellen Ressourcen als auch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für die Schülerbeteiligung als unzureichend beurteilt. Besonders Schulen aus Mittel- und Großstädten schätzen die finanziellen Ressourcen knapper ein als Schulen aus Kleinstädten.

Andere Rahmenbedingungen erachten die Schulleitungen als förderlich, zumindest als nicht hinderlich: Sowohl das allgemeine politische und gesellschaftliche als auch das spezielle pädagogische Klima für Partizipation wird von den Schulleitungen durchschnittlich positiv gesehen. Im Hinblick auf die Unterstützung der Schülerbeteiligung seitens der Eltern sind die Schulleitungen der Meinung, dass dies nur zum Teil zutrefte. Leiter von Schulen mit großen Schülerzahlen, zu 95 Prozent Berufs(fach)schulen, lehnen diese Aussage sogar ab. Sie unterscheiden sich signifikant von den Schulen mit mittleren und kleinen Schülerzahlen, die dieser Aussage zum Teil zustimmen. Auch der guten Vernetzung mit anderen Institutionen im Bereich der Partizipation wird nur teilweise zugestimmt. Gerade die Schulleitungen der Berufs(fach)schulen schätzen die Vernetzung mit anderen Institutionen im Bereich Partizipation als signifikant schlechter ein. Ihr Mittelwert liegt im „negativen“ Bereich. Gesamtschulen hingegen sind mit der Vernetzung durchschnittlich am besten zufrieden.

Welche Bedeutung wird der Schülerbeteiligung allgemein an den Schulen zugemessen? Nur 9,3 Prozent der Schulen geben an, dass die Partizipation im Vergleich zu anderen schulischen Aufgaben unwichtig oder sehr unwichtig ist. Für 44,1 Prozent der Schulen ist Schülerbeteiligung gleich wichtig wie andere Aufgaben, und für die übrigen 46,6 Prozent ist sie im Vergleich zu anderen Aufgaben wichtig oder sogar sehr wichtig. Grundsätzlich werden von den Schulleitungen die meisten vorgegebenen Mitwirkungsmöglichkeiten als wichtig erachtet.

Gruppirt man auf der Grundlage einer Faktorenanalyse die unterschiedlichen Möglichkeiten, die in den Schulen für Schülermitwirkung existieren, dann zeigt sich, dass die parlamentarischen Formen (z. B. Schülervollversammlungen, -mitverwaltung, -konferenzen, -parlamente, Klassenräte) von den Schulleitungen durchschnittlich als am wichtigsten eingestuft werden (Mittelwert 4,3 auf einer Fünferskala von sehr unwichtig bis sehr wichtig). Aber auch punktuelle Beteiligungsformen (z. B. Schulfeste, Zukunftswerkstätten, „Service Learning“) werden als wichtig beurteilt (Mittelwert 4,1) und unterscheiden sich im Mittelwert nur leicht von den parlamentarischen Formen. Mitwirkungsformen, welche die Organisation und das Zusammenleben im Schulalltag betreffen (z. B. Streitschlichtung, Schülerlotsen- und Schulsanitätsdienst), erhalten ebenfalls Zustimmung, werden aber als weniger wichtig beurteilt (Mittelwert 3,9). Zwischen den Schultypen bestehen signifikante Unterschiede in der Gewichtung der Formen. Gesamtschulen und Gymnasien schätzen die verschiedenen Formen der Schülerbeteiligung durchschnittlich als signifikant wichtiger ein als Berufs(fach)schulen.

## 2.2.5 Faktoren, mit denen die schulische Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen zusammenhängt

Nachdem bis hierhin die gewonnenen Daten im Wesentlichen beschreibend ausgewertet worden sind, soll nun der Frage nach Zusammenhängen zwischen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schule einerseits und den sie beeinflussenden Faktoren andererseits nachgegangen werden. Um diese Frage zu beantworten, sind statistische Verfahren (Korrelationsrechnungen und Regressionsanalysen) einzusetzen, die solche Zusammenhänge aufdecken können (siehe Tabelle 7).

Tabelle 7: Zusammenhänge zwischen der abhängigen Variable „Partizipation in der Schule“ und ausgewählten unabhängigen Variablen

	Partizipation in der Schule (Korrelationskoeffizient <sup>16</sup> )
Persönlicher Gewinn durch Partizipation in der Schule	0,42
Zufriedenheit mit der Partizipation in der Schule	0,40
Schulklima	0,35
Partizipation im Wohnort	0,24
Mitbestimmung in der Freizeit	0,20
Partizipation zu Hause	0,08

Signifikanzniveau:  $\alpha < .001$

Der stärkste Zusammenhang besteht zwischen der Partizipationsintensität und dem persönlichen Gewinn, den die Schüler aus dem Prozess des Mitwirkens ziehen. Ein ähnlich starker Zusammenhang besteht zwischen der Zufriedenheit mit dem Ergebnis der Partizipationsintensität und der Mitwirkungsaktivität. Das bedeutet folgendes: Je zufriedener die Schüler mit dem sind, was sie selbst davon haben und was als Ergebnis dabei herauskommt, wenn sie sich an den Partizipationsmöglichkeiten beteiligen, umso öfter engagieren sie sich auch. 42,5 Prozent der Schüler sind – sofern sie überhaupt partizipieren (können) – mit den Ergebnissen ihrer Mitwirkung in der Schule zufrieden oder sehr zufrieden, und nur 11,5 Prozent sind unzufrieden oder sehr unzufrieden (die Übrigen antworten teils/teils). Ähnlich verteilen sich die Antworten auf die Frage, was unabhängig vom Ergebnis für sie persönlich durch ihre Mitwirkung in der Schule herausgekommen ist: viel oder sehr viel persönlichen Gewinn nennen 40,1 Prozent, während 23,4 Prozent diesen als gering oder sehr gering einschätzen.

<sup>16</sup> Der Korrelationskoeffizient ist ein dimensionsloses Maß für den Grad des statistischen (linearen) Zusammenhangs zwischen zwei Variablen/Faktoren. Er kann lediglich Werte zwischen -1 und 1 annehmen. Bei einem Wert von +1 (bzw. -1) besteht ein vollständig positiver (bzw. negativer) Zusammenhang zwischen den betrachteten Größen. Wenn der Korrelationskoeffizient den Wert 0 aufweist, hängen die beiden Größen überhaupt nicht voneinander ab.

Interessant ist auch der statistisch signifikante Zusammenhang zwischen einem besseren Schulklima und einer intensiveren Mitwirkung in der Schule. In Schulen, an denen die zwischenmenschlichen Beziehungen als gut eingeschätzt werden, Lehrer sich für Ideen ihrer Schüler interessieren und Zufriedenheit mit den Entscheidungsfindungen herrscht, wirken die Kinder und Jugendlichen besonders intensiv mit. Die Wahrnehmung des Schulklimas unterscheidet sich jedoch zwischen den verschiedenen Akteursgruppen in der Schule: Im Durchschnitt empfinden die Schüler das Schulklima als schlechter (Mittelwert: 3,3; wobei 1=schlecht, 5=gut) im Vergleich zu den Lehrern (Mittelwert 4,0) und den Schulleitern (Mittelwert 4,0).

Statistisch zwar immer noch signifikant, aber wegen der geringen Effektstärke ohne bedeutsamen Zusammenhang mit der Mitwirkungsintensität in der Schule sind die Partizipation in Kommune, Freizeit und Familie. Das bedeutet, dass diese Bereiche zwar miteinander zusammenhängen und vermutlich auch Wechselwirkungen bestehen, aber nicht so, dass die außerschulischen Mitwirkungserfahrungen der Kinder und Jugendlichen ihre Partizipation in der Schule maßgeblich beeinflussen würden.

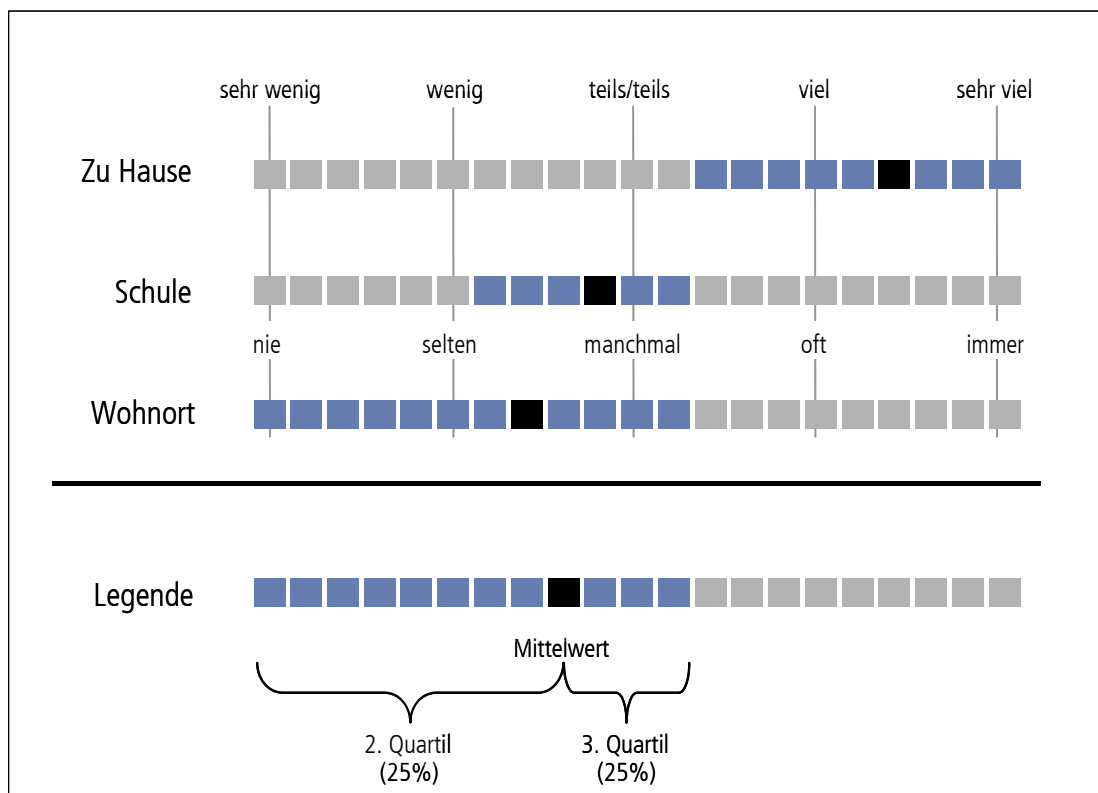
Hinsichtlich des Alters besteht ebenfalls kein bedeutsamer Zusammenhang mit der Mitwirkungsintensität der Schüler. Während in der Familie ältere Kinder und Jugendliche signifikant mehr mitbestimmen als jüngere, wirken in der Schule Jüngere und Ältere ähnlich intensiv, aber in deutlich geringerer Ausprägung als in der Familie mit. Auch zwischen den Schülern der verschiedenen Schultypen sind kaum Unterschiede im schulischen Partizipationsverhalten auszumachen. Zwar kann man in den Mittelwerten der schulischen Mitwirkung für die einzelnen Schultypen Unterschiede entdecken (Privatschulen und Gesamtschulen weisen die intensivste Mitwirkung auf), doch die Effekte der Unterschiede zwischen den Schultypen sind sehr schwach, sodass sie zu vernachlässigen sind.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die Kinder und Jugendlichen von den Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule (die allerdings auch nicht sehr reichlich bemessen sind) relativ wenig Gebrauch machen. Dabei spielen die repräsentativen Formen (Schülermitverwaltung, Schülervertretung), die von den Schulleitungen favorisiert werden, aus Sicht der Schüler nur eine untergeordnete Rolle. Attraktiv sind für sie projektartige Formen zu Themen, die ihr mitmenschliches Engagement herausfordern (z. B. Hilfe für Menschen in Not, Gewaltprävention, Zusammenleben von Deutschen und Ausländern). Was das Ausmaß des Partizipationsverhaltens in der Schule betrifft, gehen die Einschätzungen der Schulleitungen und der Schüler – z. T. sogar stark – auseinander. Die wichtigsten Einflussgrößen, welche die Partizipation in der Schule bestimmen, sind die Zufriedenheit der Kinder und Jugendlichen mit dem Ergebnis und dem Prozess ihres Mitwirkens sowie mit dem Klima, das in der Schule herrscht.

## 2.3 Mitwirkung in der Kommune

### 2.3.1 Mitwirkungsmöglichkeiten in der Kommune und das Mitwirkungsverhalten der Kinder und Jugendlichen am Wohnort

Abbildung 5: Gegenüberstellung der Mitwirkung in verschiedenen Lebensbereichen



In der Kommune wirken die Kinder und Jugendlichen seltener mit als in der Schule oder in der Familie (siehe Abbildung 5). 13,6 Prozent der Kinder und Jugendlichen wirken in der Kommune oft bis immer bei den Aktivitäten mit, die angeboten werden. Dem stehen 60,1 Prozent gegenüber, die nie (26 Prozent) oder selten (34,1 Prozent) in ihrem Wohnort mitwirken. Jede(r) Vierte (26,3 Prozent) wirkt manchmal im Wohnort mit. Im Durchschnitt ergibt sich ein Wert, der (auf einer Fünferskala von nie bis immer) bei selten (Mittelwert 2,3) liegt.

Was die Mitwirkungsaktivitäten in der Kommune betrifft, so ist festzustellen, dass 30,3 Prozent der Kinder und Jugendlichen sich noch nie an einer der (insgesamt 13 vorgegebenen) Aktivitäten beteiligt haben. 52,8 Prozent der Befragten haben bei bis zu drei Aktivitäten schon einmal mitgewirkt. Nur 2,7 Prozent der Kinder und Jugendlichen bekunden eine Mitwirkung an mehr als der Hälfte der Aktivitäten.



Auf die Frage, woran sie in ihrem Wohnort schon einmal mitgewirkt haben, entfallen die häufigsten Nennungen auf folgende Aktivitäten:

- Zu einem Thema abgestimmt haben schon mal 39,6 Prozent.<sup>17</sup>
- An einer genehmigten Demonstration teilgenommen haben 26,6 Prozent.

Die geringste Mitwirkungshäufigkeit weisen folgende Aktivitäten auf:

- An einer Stadtteilkonferenz haben 97 Prozent noch nie mitgewirkt.
- In einem Jugendparlament oder Jugendrat waren 96 Prozent noch nie aktiv.

Tabelle 8 (im Anhang) stellt die Partizipation der Kinder und Jugendlichen in ihrem Wohnort der Häufigkeit bestimmter kommunaler Beteiligungsangebote gegenüber. Es zeigt sich, dass bei denjenigen Formen, die in beiden Fragebögen identisch waren, die Nennungen teilweise recht weit auseinander gehen. Während der Jugendbeauftragte noch den (fast) gleichen Rangplatz (6 bzw. 7) belegt und auch das Kinder- oder Jugendparlament in beiden Rangreihen recht nahe beieinander liegt (14 bzw. 17), wird die Stadtteilkonferenz, die in den Nennungen der Kommunen Rangplatz 9 einnimmt (von 33 Prozent<sup>18</sup> der Kommunen angeboten), von den Kindern und Jugendlichen (mit 3 Prozent) deutlich weniger nachgefragt (Rangplatz 15). Andererseits erhalten einige Angebote seitens der Kommune relativ wenige Nennungen, aber bei den Kindern und Jugendlichen erfreuen sich diese einer guten Nachfrage: Kinder- oder Jugendkonferenz (13 Rangplätze Differenz) und die Sprechstunde des Bürgermeisters (8 Rangplätze Differenz).<sup>19</sup>

Diese Ergebnisse legen nahe, dass bei einem Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen eher Kinder- bzw. Jugendkonferenzen oder persönliche Kontaktmöglichkeiten (z. B. Sprechstunden) zu Politik und Verwaltung angeboten werden sollten, da diese Angebote von den Kindern und Jugendlichen offenbar eher angenommen werden. Dazu müssten die anderen Angebote in dem Sinne attraktiver gestaltet werden, damit sie eine größere Zufriedenheit bei den Kindern und Jugendlichen erzeugen.

Grundsätzlich werden von den Kommunen häufiger punktuelle Angebote – insbesondere projektorientierte Formen – bereitgestellt als permanente, institutionell verankerte Angebote. Von Letzteren werden am häufigsten stellvertretende Beteiligungsformen angeboten, die dadurch charakterisiert sind, dass Erwachsene stellvertretend für Kinder und Jugendliche deren Interessen wahrnehmen. Dies sind in 36 Prozent der Kommunen Kinder- oder Jugendbüros bzw. Kinder- oder Jugendbeauftragte. Dagegen existieren kaum Kinder- oder Jugendkommissionen (7 Prozent) und Kinder- oder Jugendanwälte (2 Prozent) (lediglich in drei bzw. einer Kommune).

<sup>17</sup> Dieser hohe Anteil dürfte sich daraus erklären, dass die Befragten darunter sehr wahrscheinlich nicht formelle kommunale Abstimmungsvorlagen (z. B. Bürgerbegehren), sondern auch Umfragen und Unterschriftenaktionen aller Art verstanden haben.

<sup>18</sup> Obwohl es in wissenschaftlichen Berichten unüblich ist, Prozentwerte anzugeben, wenn die Stichprobe kleiner als 100 ist, geschieht es hier, weil bei Gegenüberstellungen mit der Stichprobe der Kinder und Jugendlichen die Vergleichbarkeit erleichtert wird.

<sup>19</sup> Die Kommunen stellen über die genannten Beteiligungsangebote hinaus noch weitere bereit, die aber bei den Kindern und Jugendlichen nicht im Einzelnen abgefragt wurden (z. B. Zukunftswerkstätten, Medienprojekte, Stadtteilerkundungen).

Auch die repräsentativen Beteiligungsformen, zu denen Kinder- und Jugendräte (31 Prozent), Schülerparlamente (29 Prozent) sowie Kinder- und Jugendparlamente (24 Prozent) gezählt werden, sind in den befragten Kommunen seltener anzutreffen.

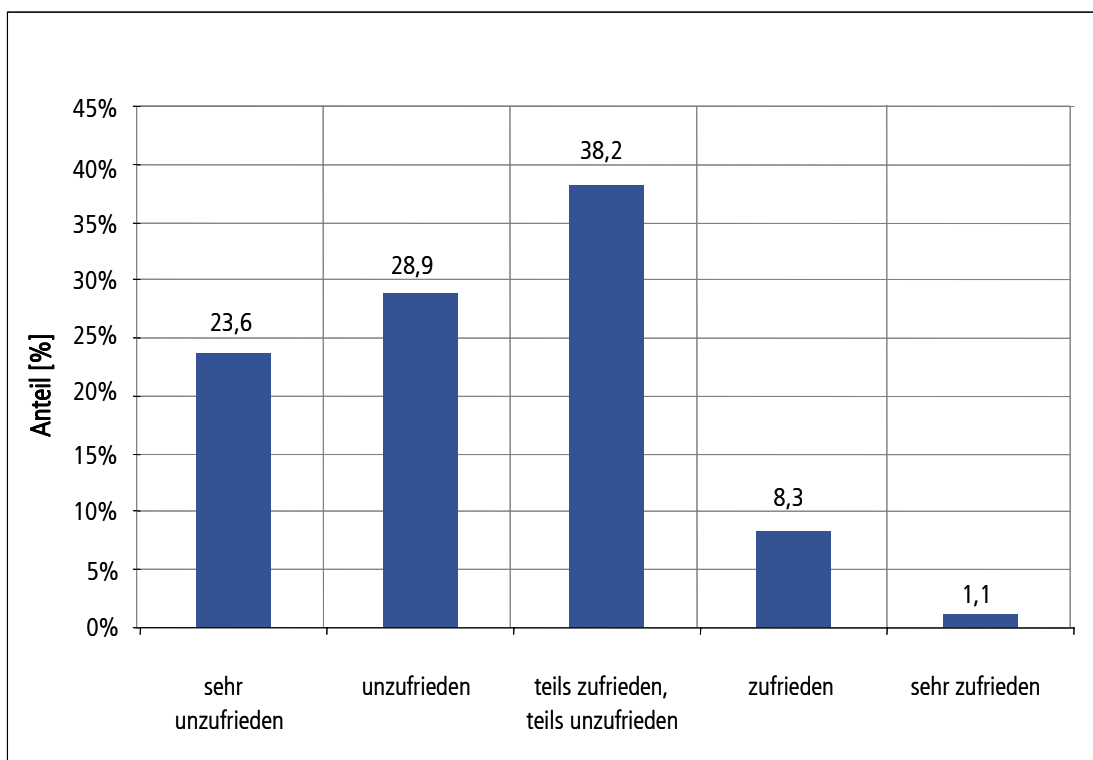
Vergleicht man die thematische Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen in der Schule mit derjenigen in der Kommune, so fällt auf, dass die Themen, bei denen am häufigsten und am seltensten partizipiert wird, weitgehend übereinstimmen. Sowohl für die Partizipation in der Schule als auch in der Kommune gilt: Kinder und Jugendliche beteiligen sich am seltensten an der Verkehrsplanung, Schulhof- oder Spielplatzgestaltung und an Themen aus der Lokalpolitik. In den Schulen und Kommunen beteiligen sich Kinder und Jugendliche am häufigsten bei Themen, die das Jugendzentrum (z. B. Programm mitgestalten) bzw. die Ausgestaltung von Sport- und Freizeitanlagen und „Hilfe für Menschen in Not“ zum Gegenstand haben.

Stellt man die Mitwirkungshäufigkeit der Kinder und Jugendlichen an verschiedenen Themen den Angeboten der Kommunen gegenüber, ist festzustellen, dass „Angebote vom Jugendzentrum“ (wie bereits erwähnt) das häufigste Thema ist, mit dem sich Kinder und Jugendliche schon einmal auseinander gesetzt haben. Auch als Angebot seitens der Kommunen rangiert das Thema auf Platz zwei. „Hilfe für Menschen in Not“ als zweithäufigstes Mitwirkungsthema aus Sicht der Kinder und Jugendlichen ist bei den Kommunen lediglich das siebthäufigste Beteiligungsthema. Die Mitwirkungsthemen auf Rang drei (Planung von Freizeitangeboten) und vier (Gewaltprävention) der Jugendlichen entsprechen dem ersten und dritten Rang der angebotenen Mitwirkungsthemen in der Kommune. Umweltschutz ist ein beliebtes Thema seitens der Kommunen; es wird am vierthäufigsten angeboten und von den Jugendlichen am siebthäufigsten genutzt. Die Kommunen setzen die Prioritäten in ihrem Beteiligungsangebot ganz klar bei der Programmplanung von Jugendeinrichtungen, die auch von den meisten Jugendlichen genutzt werden.

Im Großen und Ganzen deckt sich also das Angebot der Beteiligungsthemen aus der Sicht der Kommunen mit dem, was die Kinder und Jugendlichen auf die Frage antworten, bei welchen Themen sie sich schon beteiligt haben. Allerdings sind drei gewichtige Ausnahmen zu verzeichnen: Beim Thema „Hilfe für Menschen in Not“, das für die Kinder und Jugendlichen große Bedeutung zu haben scheint (so auch schon bei den Angaben zur Partizipation in der Schule), klafft ein Unterschied von fünf Rangplätzen zur Einschätzung der Kommune (bei den Schulleitungen rangierte dieses Thema genauso hoch wie bei den Schülern). Bei der „Gestaltung von Verkehrsverbindungen“ und bei „Themen aus der Lokalpolitik“ bestehen ebenfalls starke Diskrepanzen (fünf bzw. sieben Rangplätze) zwischen dem Angebot der Kommune (Rang 9 bzw. Rang 5) und der tatsächlichen Beteiligung an diesen Themen seitens der Kinder und Jugendlichen (Rang 14 bzw. Rang 12).

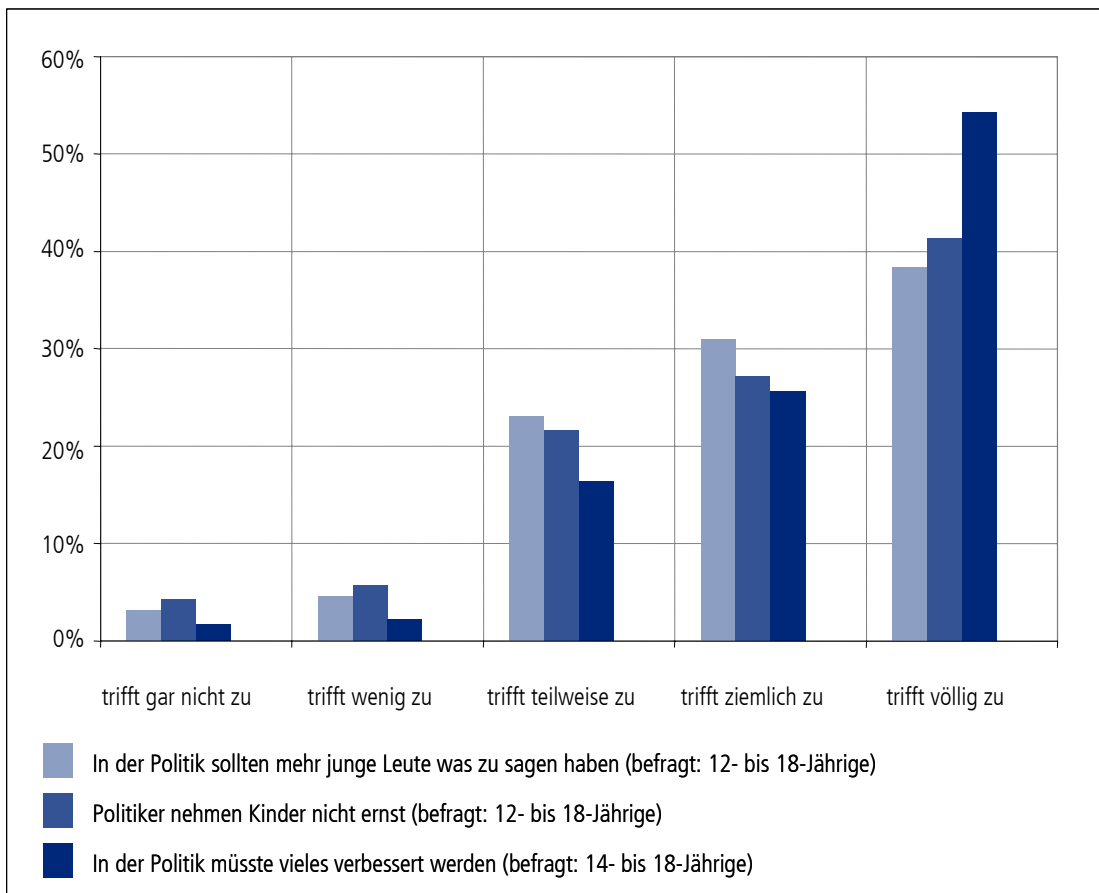
Für Kinder und Jugendliche ist der Inhalt der Beteiligungsangebote von großer Bedeutung, denn die von ihnen am häufigsten genannten Gründe, weshalb sie in der Kommune mitwirken, sind das Interesse am Thema und der Wunsch, etwas zu verändern. Dem stehen folgende Gründe gegenüber, welche die Kinder und Jugendlichen am häufigsten dafür angeben, dass sie nicht mitwirken: Desinteresse am Thema, fehlendes Vertrauen in und fehlender Respekt durch Politiker.

Abbildung 6: Zufriedenheit der Kinder und Jugendlichen mit der Politik



Wenn man die Einstellung der Kinder und Jugendlichen zur Politik näher betrachtet, ergibt sich ein eher beunruhigendes Bild. Die jungen Menschen bekunden eine ausgesprochen starke Unzufriedenheit mit der Politik allgemein (siehe Abbildung 6). Über die Hälfte (52,5 Prozent) von ihnen gibt an, mit der Politik unzufrieden (28,9 Prozent) oder sehr unzufrieden (23,6 Prozent) zu sein. Nur 9,4 Prozent sind zufrieden oder sehr zufrieden (die übrigen 38,2 Prozent sind teils zufrieden, teils unzufrieden). Dem entspricht, dass die Aussage „Ich denke, Politiker nehmen Jugendliche nicht wirklich ernst“ ebenfalls auf große Zustimmung stößt. 68,5 Prozent der Befragten sind dieser Meinung; wenn man diejenigen hinzurechnet, die meinen, diese Aussage treffe teilweise zu, erhöht sich der Anteil sogar auf 90,1 Prozent. Nur 9,9 Prozent sind gegenteiliger Ansicht. Die Zustimmungen zu den Aussagen, in der Politik müsse vieles verbessert werden und Jugendliche sollten mehr zu sagen haben, verteilen sich ähnlich. Die meisten stimmen dem zu: 79,8 Prozent bzw. 69,2 Prozent (siehe Abbildung 7).

Abbildung 7: Ansichten der Kinder und Jugendlichen zur Politik allgemein



Vor dem Hintergrund dieser ausgeprägten Unzufriedenheit erklärt sich auch ein Ergebnis, das zur Besorgnis Anlass geben kann: Die Aussage „Ich finde, eine starke Hand müsste wieder mal Ordnung in unseren Staat bringen“ erhält große Zustimmung. 35,3 Prozent der Jugendlichen finden, diese Aussage trifft völlig zu, und noch 20 Prozent entscheiden sich für trifft ziemlich zu. Nur 11,1 Prozent meinen, die Aussage trifft wenig zu, und 9,6 Prozent sagen, sie trifft gar nicht zu. Wenn man diese beiden Seiten jeweils zusammenfasst, stehen 55,3 Prozent und 20,7 Prozent einander gegenüber (in der Mitte liegen 24 Prozent mit der Meinung, die Aussage trifft teilweise zu). Das scheint für eine ins rechte politische Spektrum tendierende Strömung unter den Jugendlichen zu sprechen.

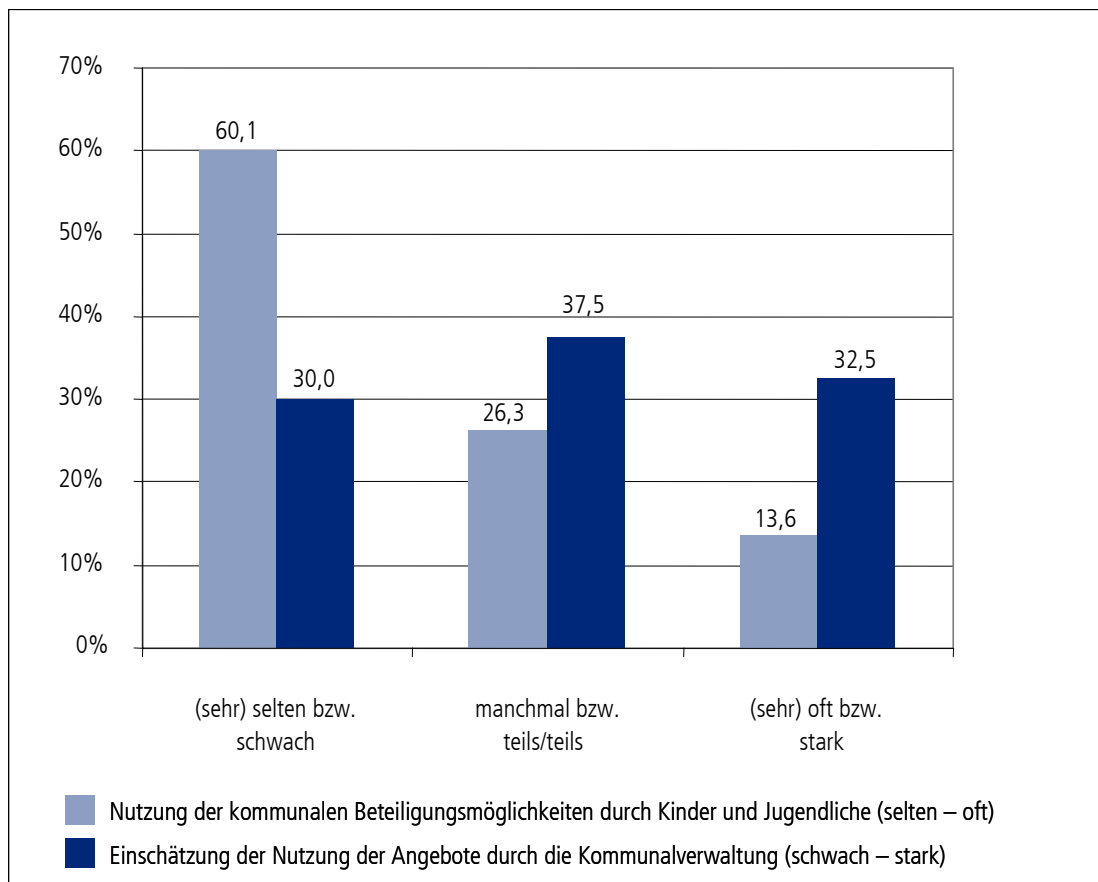
Ob aber die eindeutig hohe Zustimmung zu dieser Aussage tatsächlich Anzeichen für eine rechte politische Orientierung ist, ist nicht eindeutig zu beantworten. Denn aus den Antworten auf die Frage, wie sich die Kinder und Jugendlichen auf einer Links-Rechts-Skala (von 0=links bis 10=rechts) selbst einschätzen, ergibt sich ein Mittelwert von 4,2, also links von der Mitte. Im linken Spektrum (zwischen 0 und 4) positionieren sich 44,2 Prozent der Befragten, während es im rechten Spektrum (zwischen 6 und 10) nur 19,4 Prozent sind. Auch wenn die Extremwerte (0 und 10) betrachtet werden, liegen die sich ganz links Einschätzenden mit 10,7 Prozent weit über denjenigen, die sich ganz rechts verorten (mit 3,6 Prozent). Zusammengefasst heißt das: Im linken politischen Spektrum positionieren sich mehr als doppelt so viele Jugendliche wie im rechten.

Es ist aber zu bedenken, dass offenbar viele Jugendliche Verständnisschwierigkeiten mit den politischen Begriffen „links“ und „rechts“ haben (wie einige Gespräche mit jungen Menschen gezeigt haben). Auch lässt sich empirisch kein starker Zusammenhang zwischen der politischen Selbsteinschätzung und der Mitwirkungsintensität feststellen. In der politischen Realität scheint die herkömmliche Einteilung ebenfalls unklar geworden zu sein. Aus diesem Grunde ist eher anzunehmen, dass die Folgerung zutrifft, die aus den Antworten auf die beiden zuvor genannten Fragen abzuleiten ist. Konkreter formuliert: Vor dem Hintergrund einer stark ausgeprägten Unzufriedenheit mit der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Situation in Deutschland herrscht bei einer stattlichen Mehrheit der Kinder und Jugendlichen der Wunsch nach mehr Ordnung im Staat und nach eindeutiger Orientierung in der Gesellschaft vor. Damit dies nicht zum Einfallstor für extremistische Ideologien wird, gilt es, das Vertrauen der Kinder und Jugendlichen in die Politik und in den Staat dadurch zu festigen, dass mehr und attraktivere Möglichkeiten zu einer ernsthaften und in den Ergebnissen wie im Prozess zufriedenstellenden Partizipation geschaffen werden.

### 2.3.2 Nutzung der Beteiligungsmöglichkeiten in der Kommune

Die meisten Kinder und Jugendlichen (60,1 Prozent) beteiligen sich an Mitwirkungsmöglichkeiten in ihrer Kommune laut ihren eigenen Angaben nie oder selten und nur 13,6 Prozent oft und sehr oft; ungefähr jeder Vierte (26,3 Prozent) beteiligt sich manchmal (siehe Abbildung 8). Die Kommunen dagegen haben eine deutlich optimistischere und offensichtlich auch unrealistischere Sicht, denn 30 Prozent von ihnen geben an, dass ihre Angebote von den Kindern und Jugendlichen nur schwach genutzt werden (es gibt keine Nennungen für sehr schwache Nutzung). Etwa ein Drittel (32,5 Prozent) der Kommunen ist der Meinung, ihr Angebot werde stark genutzt (wieder keine Nennungen für sehr starke Nutzung). Dieser Befund bestätigt die Tatsache, dass die Kinder und Jugendlichen nur wenig Mitwirkungserfahrung im öffentlichen Raum, d. h. an ihrem Wohnort sammeln.

**Abbildung 8: Gegenüberstellung der Beteiligungsintensität von Kindern und Jugendlichen in der Kommune und Nutzung des Beteiligungsangebots aus Sicht der Kommunalverwaltung**



Die mittelmäßige Nutzung der Angebote in den Kommunen kann von der Öffentlichkeitsarbeit abhängen oder davon, dass die Kinder und Jugendlichen nicht genügend für die Mitwirkungsangebote motiviert werden. Beides scheint zuzutreffen. In Bezug auf das wichtigste von den Kommunen eingesetzte Medium – die Lokalpresse – ist die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Kommune auf den ersten Blick zwar zielgruppengerecht, denn auch die Kinder und Jugendlichen nennen am häufigsten die Zeitung als Quelle, aus der sie Informationen über Partizipationsmöglichkeiten am Wohnort beziehen. Aber gleichzeitig sagen 55,6 Prozent von ihnen, sie fühlten sich kaum oder gar nicht über die Angebote informiert. Das bedeutet, dass die Lokalzeitung eben doch nicht das bestgeeignete Medium ist, um Kinder und Jugendliche hinreichend über Partizipationsmöglichkeiten in der Kommune zu informieren. Zum anderen wird durch die Angebote das Interesse der Kinder und Jugendlichen zum Partizipieren vermutlich nicht genügend geweckt, denn sie geben an, sie wirkten überwiegend dann bei einem konkreten Vorhaben mit, wenn das Thema sie interessiere. Offensichtlich sind diejenigen Themen, die von der Kommune hoch angesiedelt und entsprechend gefördert werden, für die Kinder und Jugendlichen einfach nicht attraktiv genug, sodass eine Kluft zwischen der Schwerpunktsetzung bei den Themen im Beteiligungsangebot der Kommunen und der Partizipation der Kinder und Jugendlichen entsteht.

### 2.3.3 Ressourcen und allgemeine Rahmenbedingungen

Gefragt wurde nach den Stellenanteilen und den Haushaltsmitteln, welche die Kommunen für Kinder- und Jugendbeteiligung bereitstellen. Die Angaben der Kommunen zu den Stellenanteilen reichen von weniger als 1 bis zu 15 Vollzeitstellen. Knapp die Hälfte der Kommunen (48 Prozent) hat jedoch höchstens 1 Vollzeitstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung zur Verfügung. 42 Prozent setzen zwischen 1,5 und 7 Vollzeitstellen ein, und etwas mehr als 7 Prozent der Kommunen haben 12 bis 15 Vollzeitstellen für Kinder- und Jugendbeteiligung zur Verfügung. Hierbei spielt natürlich die Größe der Kommune eine wichtige Rolle; Klein- und Mittelstädte können signifikant weniger Stellen für diesen Politikbereich anbieten als die Großstädte. Ein höherer Stellenetat im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung geht auch mit einer größeren Vielfalt von Beteiligungsangeboten einher. Zudem besteht ein Zusammenhang zwischen der Förderung der Weiterbildung von Angestellten im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung und der Vielfalt der Angebote.<sup>20</sup>

In Bezug auf die finanziellen Ressourcen stellte die Einschätzung der Gesamtausgaben für Kinder- und Jugendbeteiligung im Jahr 2004 die Kommunalverwaltungen vor erhebliche Schwierigkeiten. Die Hälfte der befragten Kommunen konnte keine Angaben machen. Die andere nennt Beträge zwischen 500 und 200 000 Euro. Der durchschnittliche Schätzwert für die Gesamtausgaben im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung liegt bei 31 600 Euro, wobei der Median bei 10 000 Euro angesiedelt ist, d. h., 50 Prozent der Kommunen in der Stichprobe geben weniger als 10 000 Euro aus und die übrigen 50 Prozent mehr als diesen Betrag. Dabei spielt die Stadtgröße erwartungsgemäß eine Rolle: Klein- und Mittelstädte können weniger finanzielle Ressourcen bereitstellen als Großstädte. Die Mittelwertunterschiede sind signifikant unterschiedlich. Generell geht ein höheres Budget für Kinder- und Jugendbeteiligung mit einer größeren Vielfalt von Beteiligungsformen einher.

Von den befragten Kommunen geben 25 an, dass sie eine gesonderte Haushaltsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung haben; 24 von ihnen machen konkrete Angaben zum Budget für diese Haushaltsstelle. Diese reichen von 500 bis 82 000 Euro. 80 Prozent der Kommunen weisen ein Budget zwischen 1 025 und 79 000 Euro auf. Es zeigen sich verschiedene signifikante Unterschiede zwischen Kommunen, die ein separates Budget für Kinder- und Jugendbeteiligung haben, und den anderen: Erstere bieten eine größere Vielfalt an Beteiligungsangeboten an; sie weisen im Durchschnitt acht Angebote auf, während Letztere durchschnittlich nur etwas mehr als fünf Angebote haben. Letztere stellen auch weniger häufig Geldmittel zur Verfügung, über welche die Kinder und Jugendlichen eigenverantwortlich entscheiden können, wie sie auch weniger stark die Weiterbildung von Mitarbeitern im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung fördern als Kommunen mit einem Budget auf einer gesonderten Haushaltsstelle.

Alles in allem werden die personellen und finanziellen Ressourcen für Kinder- und Jugendbeteiligung von den befragten Kommunen als zu knapp eingeschätzt. 75 Prozent von ihnen wünschen sich eine Aufstockung der Finanzmittel für Kinder- und Jugendbeteiligung und 81,5 Prozent das Gleiche für die Stellenetats.

---

<sup>20</sup> Es ist kein Effekt der Stadtgröße zu verzeichnen, da dieser in den Zusammenhangsanalysen statistisch kontrolliert worden ist.

Grundsätzlich zeigt sich, dass die befragten Kommunen die übrigen Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendbeteiligung als einigermaßen zufrieden stellend beurteilen (siehe Tabelle 10), denn die Mittelwerte zu allen Einzelaussagen liegen im „positiven“ Bereich (zwischen trifft teilweise zu [3] und trifft ziemlich zu [4] auf einer Fünferskala). Das betrifft sowohl das politische Klima für Kinder- und Jugendbeteiligung als auch die Vernetzung mit anderen Institutionen, die Kinder- und Jugendbeteiligung anbieten; desgleichen die Unterstützung seitens der Schulen im Zusammenhang mit Kinder- und Jugendbeteiligung.

**Tabelle 10: Einschätzung der Rahmenbedingungen**

	Mittelwert
Das politische Klima ist in unserer Kommune förderlich.	3,6
Es sind bereits Strukturen für Bürgerbeteiligung vorhanden.	3,5
Die Bereitschaft der Kinder und Jugendlichen für Beteiligungsangebote ist hoch.	3,5
Die Vernetzung mit anderen Institutionen ist gut.	3,4
Kinder- und Jugendbeteiligung wird in der Politik allgemein akzeptiert.	3,4
Die Schule unterstützt Kinder- und Jugendbeteiligung.	3,3
Die Eltern unterstützen Kinder- und Jugendbeteiligung.	3,0

1 = trifft gar nicht zu, 5 = trifft völlig zu

In Bezug auf den kommunalpolitischen Stellenwert der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommune im Vergleich zu anderen kommunalen Aufgabenfeldern zeigt sich, dass fast zwei Drittel der Kommunen (60,5 Prozent) die Kinder- und Jugendbeteiligung als gleich wichtig wie andere Politikbereiche erachten. 9,5 Prozent bewerten die Kinder- und Jugendbeteiligung im Vergleich zu anderen Politikbereichen als wichtiger, und ein Viertel der Kommunen Kinder- und Jugendbeteiligung als unwichtiger. Es fällt auf, dass die Größe der Kommune signifikante Unterschiede in der Einschätzung der Kinder- und Jugendbeteiligung hervorruft. Großstädte schätzen die Bedeutung der Partizipation im Vergleich zu anderen Politikbereichen deutlich geringer ein als Kleinstädte. Andererseits führt die Zentrumsfunktion der großen Städte dazu, dass sie ein größeres Angebot an Kinder- und Jugendbeteiligung bereitstellen als kleinere Kommunen. Ein Zusammenhang zwischen einem größeren Problemdruck von Großstädten und dem Partizipationsangebot scheint in den befragten Kommunen jedoch nicht zu bestehen.<sup>21</sup>

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass in der Kommune das Mitwirkungsverhalten der Kinder und Jugendlichen noch geringer ausgeprägt ist als in der Schule. Von den zahlreichen Möglichkeiten, die in der Regel in der Kommune existieren, nennen 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen keine einzige, an denen sie schon einmal mitgewirkt hätten. Wenn sie sich beteiligen, dann bevorzugen sie Aktionen, wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen u. Ä., nicht aber die repräsentativen Formen, wie Jugendparlament oder Stadtteilkonferenz. Bei den Themen (zumeist in Projekten) finden solche, die Bedingungen ihrer Freizeitgestaltung betreffen (Sportanlagen, Jugendzentren) oder ihr soziales Engagement herausfordern (Hilfe für Menschen in der Not), besonderen Zuspruch. Dagegen sind Themen aus der Lokalpolitik, Fragen der Verkehrsplanung u. Ä. eher selten Partizipationsfelder aus Sicht der Kinder und

<sup>21</sup> Dieser Befund deckt sich nicht mit der Strukturdatenerhebung, in der gerade dieser Zusammenhang nachgewiesen werden konnte. Vermutlich lässt sich das darauf zurückführen, dass in der vorliegenden Untersuchung die Stichprobe der Kommunen nach einem bestimmten Sampling-Verfahren gezogen worden ist (siehe dazu Abschnitt 1.2).



Jugendlichen. Der Veränderungswille und das Interesse am Thema sind die wichtigsten Gründe für ihre Motivation, sich in der Kommune zu beteiligen. Hinsichtlich der Partizipationsintensität klaffen wieder (wie schon in der Schule) Unterschiede in der Einschätzung seitens der Kommunen und seitens der Kinder und Jugendlichen. Grundsätzlich fühlen sich diese auch unzureichend informiert über die Mitwirkungsangebote. Abgesehen von den finanziellen Ressourcen, die als zu gering erachtet werden, bezeichnen die Kommunen die anderen Rahmenbedingungen (politisches Klima, Vernetzung mit anderen Institutionen) im Großen und Ganzen als zufrieden stellend.

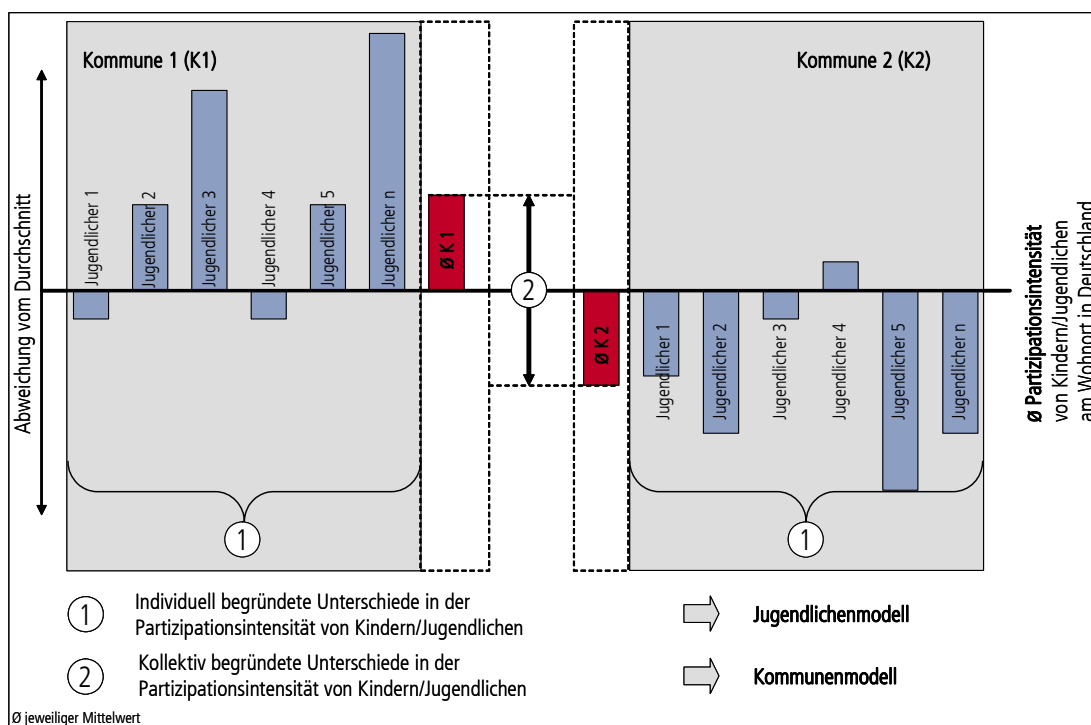
Die Frage nach den Zusammenhängen zwischen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Kommune einerseits und den sie beeinflussenden Faktoren andererseits wird gesondert im folgenden Kapitel untersucht.

### 3 Erklärungsfaktoren des Partizipationsverhaltens von Kindern und Jugendlichen in der Kommune

#### 3.1 Annahmen der empirischen Analyse

Wie bereits die zuvor dargestellten empirischen Befunde dieser Studie gezeigt haben, partizipieren Kinder und Jugendliche an ihrem Wohnort in unterschiedlichem Ausmaß. Ziel der folgenden empirischen Analyse ist es, diese Unterschiede zu erklären, um darauf aufbauend Handlungsempfehlungen für eine Ausweitung der Partizipation junger Menschen an ihrem Wohnort ableiten zu können. Im Vordergrund der Erklärung stehen dabei die festgestellten Unterschiede in der Partizipationsintensität junger Menschen in ihrem Wohnort, die sich auch als Abweichungen vom Mittelwert ausdrücken lassen. Diese Abweichungen vom Mittelwert können zum einen auf Einflussgrößen zurückzuführen sein, die in den Kindern und Jugendlichen selbst liegen (z. B. unterschiedlich starkes politisches Interesse), zum anderen aber auch auf Unterschiede in Qualität und Quantität des Partizipationsangebotes in den 42 untersuchten Kommunen (siehe Abbildung 9).

Abbildung 9: Unterschiede zwischen Jugendlichen und Unterschiede zwischen Kommunen als potenzielle Erklärungsfaktoren unterschiedlicher Partizipationsintensität junger Menschen an ihrem Wohnort



Deshalb wurden zur Erklärung des unterschiedlichen Partizipationsverhaltens von Kindern und Jugendlichen zwei Untersuchungsschritte vorgenommen. Erstens wurden im Zuge eines so genannten Jugendlichenmodells diejenigen Einflussgrößen für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Wohnort analysiert, die für die jeweilige Kommune nicht spezifisch sind, also nur mit den Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Hierbei ging es also darum, partizipationsrelevante Unterschiede zwischen den Kindern und Jugendlichen aufzudecken. Da in diesem Modell das kommunenspezifische Partizipationsangebot unberücksichtigt bleibt, wurden zweitens im so genannten Kommunenmodell die Unterschiede in den Mittelwerten des Partizipationsverhaltens zwischen den 42 Kommunen gesondert untersucht. Diese zum Teil

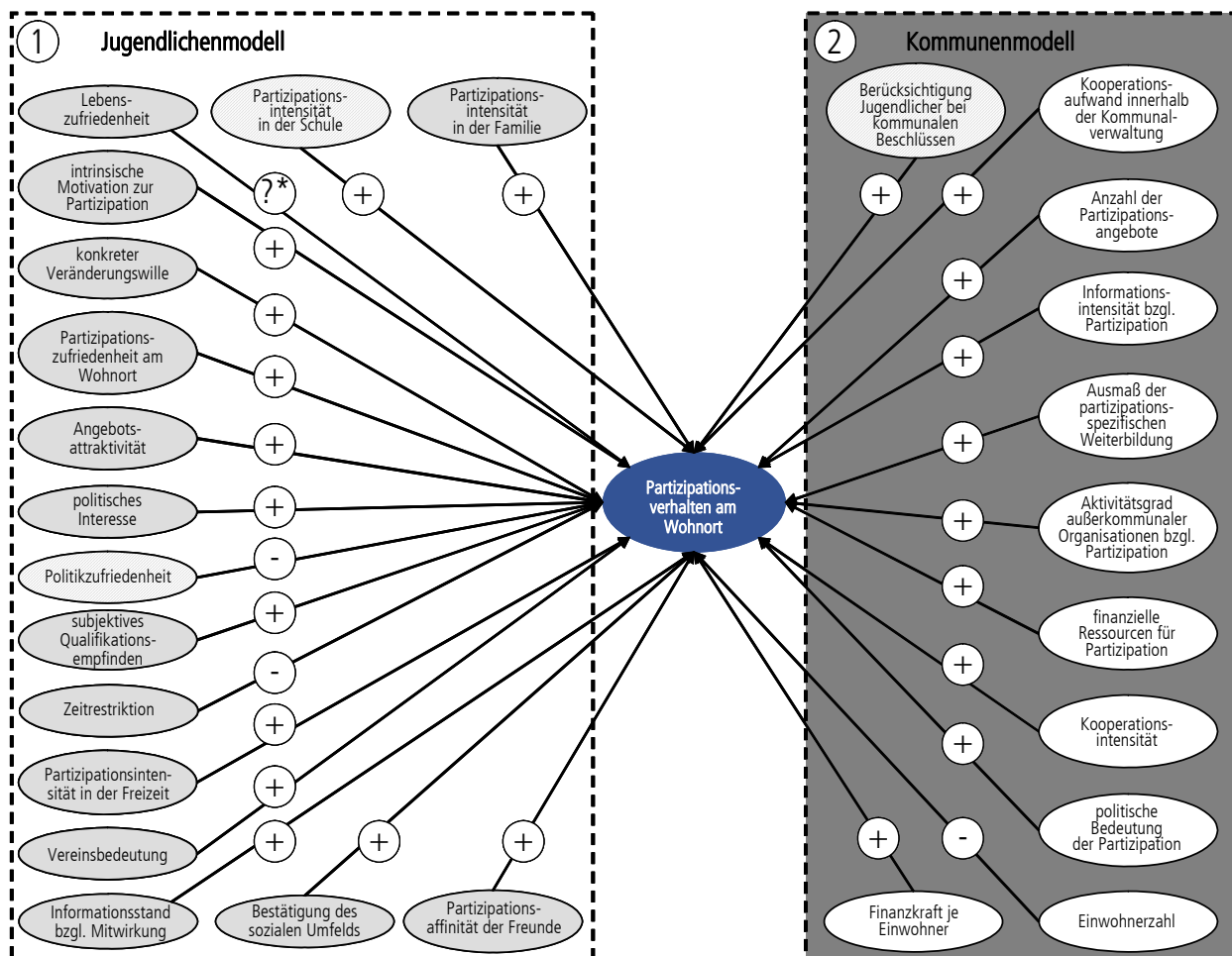
deutlichen Unterschiede sind ein Indiz dafür, dass das Partizipationsverhalten junger Menschen auch von den spezifischen Gegebenheiten an ihrem Wohnort bestimmt wird.

Für die empirische Analyse von Einflussfaktoren auf die Partizipation junger Menschen an ihrem Wohnort galt es im Vorfeld der Befragung der Kinder und Jugendlichen sowie der Kommunalverwaltungen, theoretisch-konzeptionelle Vorstellungen über mögliche Einflussgrößen zu entwickeln und in ein geeignetes Messkonzept zu überführen. Wenngleich es (noch) keine geschlossene Theorie zum Partizipationsverhalten von Kindern und Jugendlichen gibt, existieren in den Sozialwissenschaften und insbesondere in der Pädagogik zahlreiche und vielfältige Hinweise auf potenzielle Einflussgrößen, welche sich auf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen maßgeblich auswirken können. Angesichts der sowohl innerhalb einer Kommune als auch zwischen den Kommunen auftretenden Unterschiede im Partizipationsverhalten von Kindern und Jugendlichen liegt es nahe, zwischen zwei Suchfeldern von potenziellen Einflussfaktoren zu unterscheiden:

- a) Einflussfaktoren, die unabhängig von der jeweiligen Kommune individuelle Unterschiede der Partizipationsintensität verursachen können, sind im Wesentlichen in folgenden Bestimmungsfaktoren aus dem direkten Umfeld von Kindern und Jugendlichen zu vermuten:
  - die Partizipationsintensität in Familie und Schule, die möglicherweise Muster des Mitwirkens ausgebildet haben, die auch in der Kommune relevant werden; ferner die vielfältigen (guten oder schlechten) Erfahrungen, die Kinder und Jugendliche mit der Partizipation gesammelt haben;
  - bestimmte Einstellungen der Kinder und Jugendlichen (z. B. hinsichtlich des politischen Geschehens, der Politiker, des Wunsches, aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken, oder auch die allgemeine Lebenszufriedenheit) können Faktoren sein, die sich auf die tatsächliche Partizipation auswirken;
  - das soziale Umfeld der Kinder und Jugendlichen kann ebenfalls förderlich oder hinderlich sein, je nachdem, welche Einstellungen ihre Eltern oder ihre Freunde zur Partizipation haben; ferner, welche Partizipationserfahrungen sie im Freizeitbereich, z. B. in Vereinen, gesammelt haben, oder auch wie viel Zeit sie für die aktive Mitwirkung glauben aufwenden zu müssen;
  - die Informiertheit über Partizipationsmöglichkeiten und die subjektiv empfundene Attraktivität des Partizipationsangebots dürften ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.
- b) Einflussfaktoren, die kommunenspezifische Unterschiede der durchschnittlichen Partizipationsintensität verursachen, sind im Wesentlichen in der Qualität und Quantität des spezifischen kommunalen Angebotes im Sinne unterschiedlicher Einstellungen, Verhaltensweisen und Maßnahmen zur Förderung des Partizipationsverhaltens von Kindern und Jugendlichen am Wohnort zu vermuten. Hierzu gehören beispielsweise die personelle und finanzielle Unterstützung der Partizipationsangebote, die aktive Berücksichtigung von Kindern und Jugendlichen bei kommunalen Entscheidungen, aber auch strukturelle Einflussgrößen, wie die Größe einer Kommune oder ihre Finanzkraft.

Insgesamt ergaben sich im Jugendlichenmodell zur Erklärung des Partizipationsverhaltens am Wohnort 16 unterschiedliche Hypothesen über mögliche Einflussfaktoren. Im Kommunenmodell wurden elf mögliche Einflussfaktoren ausgemacht, die im Sinne partizipationsrelevanter Rahmenbedingungen die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an ihrem Wohnort beeinflussen. Die folgende Abbildung 10 illustriert das sich aus beiden Modellen zusammensetzende konzeptionelle Gesamtmodell und die damit einhergehenden Hypothesen zur Erklärung der Partizipationsintensität von Kindern und Jugendlichen am Wohnort.

Abbildung 10: Übersicht über die untersuchten potenziellen Einflussfaktoren der Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Wohnort



\* Im Hinblick auf die Lebenszufriedenheit lassen sich theoretisch sowohl positive als auch negative Zusammenhänge begründen.

Als Lesebeispiel sei auf die Einflussfaktoren „Partizipationsintensität in der Schule“ und „Politikzufriedenheit“ im Jugendlichenmodell sowie „Berücksichtigung Jugendlicher in kommunalen Ratsbeschlüssen“ im Kommunenmodell verwiesen. In diesem Zusammenhang umschreibt das positive Vorzeichen bzgl. des angenommenen Einflusses der Partizipationsintensität in der Schule die Annahme, dass eine stärkere Mitwirkung eines Kindes bzw. Jugendlichen in der Schule auch eine intensivere Mitwirkung am Wohnort begründet. Hingegen symbolisiert das negative Vorzeichen des Einflussfaktors „Politikzufriedenheit“ die Vermutung, dass Kinder und Jugendliche gerade dann, wenn sie mit der Politik unzufrieden sind,

ihre eigene Partizipation am Wohnort intensivieren. Im Kommunenmodell illustriert das positive Vorzeichen des genannten Einflussfaktors die Annahme, dass eine ausgeprägte Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen bei kommunalen Beschlüssen förderlich für deren Partizipationsintensität am Wohnort ist.

### 3.2 Untersuchungsschritte im Rahmen der empirischen Analyse

Zur empirischen Überprüfung der theoretisch-konzeptionell gebildeten Hypothesen sind in einem ersten Schritt die einzelnen Einflussfaktoren des Jugendlichen- bzw. des Kommunenmodells und die im Zentrum stehende Größe „Partizipationsintensität am Wohnort“ einer Messung zugänglich zu machen. Angesichts der Tatsache, dass es sich bei der Mehrzahl dieser Größen um nicht direkt beobachtbare Phänomene handelt, bedarf es in diesem Zusammenhang geeigneter Indikatoren, die den jeweiligen Faktor bestmöglich abbilden und eine Quantifizierung erlauben.<sup>22</sup>

Besonderes Augenmerk wurde der Messung der zentralen abhängigen Variable der Untersuchung, des tatsächlichen Partizipationsverhaltens am Wohnort geschenkt. Da auch dies kaum direkt beobachtbar bzw. messbar ist, wurden die befragten Kinder und Jugendlichen gebeten, ihre Partizipationsintensität über die Beantwortung folgender Fragen zum Ausdruck zu bringen:

- „Alles in allem, wie oft wirkst du in deinem Wohnort bei Aktivitäten mit?“  
(Fünferskala von immer bis nie)
- „Was denkst du, wie stark du insgesamt in deinem Wohnort mitwirkst?“  
(Zehnerskala von wirke sehr stark mit bis wirke gar nicht mit).

Zusammen mit weiteren Informationen wurde auf diese Art und Weise ein statistisches Datenmaterial zusammengetragen, das die empirische Überprüfung der angenommenen Wirkungszusammenhänge zwischen den verschiedenen unabhängigen Einflussgrößen sowie der abhängigen Größe im Sinne der Partizipationsintensität von Kindern und Jugendlichen am Wohnort ermöglicht.

---

<sup>22</sup> Vor diesem Hintergrund sind alle potenziellen Einflussfaktoren der Partizipationsintensität sowohl im Jugendlichen- als auch im Kommunenmodell in Form konkreter Aussagen operationalisiert und entsprechend erhoben worden. So wurde bspw. die Messung des Faktors „Politikzufriedenheit“ im Jugendlichenmodell folgendermaßen vorgenommen: Die befragten Kinder und Jugendlichen wurden gebeten anzugeben, inwieweit sie generell mit der Politik zufrieden sind, wie sie die Ernsthaftigkeit der Politiker gegenüber den Jugendlichen einschätzen, wie groß sie den Verbesserungsbedarf der Politik sehen und schließlich, wie groß ihr Wunsch danach ist, dass Kinder und Jugendliche in der Politik mehr zu sagen haben. Analog wurde im Kommunenmodell bspw. die „Berücksichtigung Jugendlicher bei kommunalen Beschlüssen“ darüber gemessen, dass die befragten Mitarbeiter der Kommunalverwaltung angaben, inwieweit die Ansichten von Kindern und Jugendlichen tatsächlich in Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses berücksichtigt wurden und wie oft die Kommune Ansichten von Kindern und Jugendlichen beim Zustandekommen von Ratsbeschlüssen mit einbezieht.

Im Anschluss an die Datenerhebung wurden – zusätzlich zu der Einschränkung auf die Altersspanne der 12- bis 18-Jährigen, was die ursprüngliche Zahl von 14 378 ausgefüllten Fragebogen auf 12 084 verkleinerte (siehe Abschnitt 1.3) – für die Modellberechnungen diejenigen Fragebogen, die eine sehr hohe Anzahl fehlender Angaben aufwiesen, ebenfalls von der statistischen Auswertung ausgeschlossen. Es musste angenommen werden, dass die Angaben insgesamt nicht sehr valide waren. Am Ende konnten im Jugendlichenmodell die Fragebogen von 11 475 Kindern und Jugendlichen für die empirische Überprüfung der Hypothesen und damit zur Erklärung des Partizipationsverhaltens am Wohnort herangezogen werden.

Diese bereinigte Datenbasis stellte die Grundlage für die Überprüfung der Qualität der gewählten Operationalisierung sämtlicher potenzieller Einflussfaktoren des Jugendlichenmodells sowie des Partizipationsverhaltens am Wohnort dar. Hierbei wurde jeder Indikator daraufhin kontrolliert, ob er tatsächlich den ihm zugeordneten Einflussfaktor widerspiegelt und inwieweit mehrere Indikatoren zusammen eine geeignete Messung des jeweiligen Faktors darstellen.

Die eigentliche empirische Analyse zur Erklärung des Partizipationsverhaltens von Kindern und Jugendlichen am Wohnort wurde darauf aufbauend in unterschiedlichen Teilschritten vollzogen. Zunächst wurde der empirische Zusammenhang zwischen den potenziellen Einflussfaktoren des Jugendlichenmodells und dem Partizipationsverhalten isoliert für jeden der 16 Einflussfaktoren ermittelt. Im Anschluss daran überführte man diejenigen Faktoren, bei denen ein signifikanter Einfluss auf die Mitwirkung festgestellt wurde, in ein Jugendlichen-Gesamtmodell zur Erklärung der Partizipationsintensität am Wohnort und unterzog sie sodann einer zusammenhängenden Betrachtung. Aus diesem Modell wird ersichtlich, wie stark eine einzelne Größe in Relation zu weiteren Einflussfaktoren auf das Partizipationsverhalten wirkt, welche Abhängigkeiten zwischen den unterschiedlichen „unabhängigen“ Einflussfaktoren bestehen und welche Erklärungskraft das Jugendlichenmodell insgesamt für die abhängige Größe „Partizipationsintensität am Wohnort“ aufweist.

Analog verfuhr man mit den vermuteten Einflussfaktoren des Kommunenmodells, wobei versucht wurde, die zwischen den Kommunen auszumachenden Unterschiede hinsichtlich der kommunenspezifischen Partizipationsintensität zu erklären. Als Grundlage für diese Analysen diente das Datenmaterial der befragten 42 Kommunalverwaltungen – ergänzt um die durchschnittliche Partizipationsintensität der jeweiligen Kommune als zu erklärende Variable.

### 3.3 Zentrale Einflussfaktoren der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an ihrem Wohnort

Von den insgesamt 16 im Jugendlichenmodell erwähnten Einflussfaktoren des Partizipationsverhaltens von Kindern und Jugendlichen am Wohnort weisen in der isolierten Betrachtung 14 einen signifikanten Einfluss auf. Lediglich die Faktoren „Partizipationsintensität zu Hause“ und „Politikzufriedenheit“ leisten keinen statistisch gesicherten Beitrag zur Erklärung der Mitwirkung am Wohnort. Das mit den verbliebenen 14 Einflussfaktoren gebildete Jugendlichenmodell ist in der Lage, knapp 50 Prozent<sup>23</sup> der Varianz der Partizipationsintensität, d. h. der individuellen Abweichung eines Kindes/Jugendlichen von der durchschnittlichen Mitwirkung über alle Befragten zu erklären. Folglich ist die unterschiedlich starke Partizipation eines Kindes bzw. Jugendlichen am Wohnort etwa zur Hälfte auf diese Faktoren zurückzuführen, was im Umkehrschluss bedeutet, dass weitere 50 Prozent der individuellen Schwankungen der Mitwirkungsintensität auf andere als die bis hierhin herangezogenen Einflussfaktoren zurückgehen.

Allerdings besitzen nicht alle 14 Einflussfaktoren die gleiche Erklärungskraft. Vielmehr lassen sich sieben Faktoren identifizieren, die einen überdurchschnittlich großen Beitrag zur Erklärung der Mitwirkung am Wohnort leisten. Ein Blick auf diese sieben Faktoren zeigt, dass von jedem vermuteten Einflussbereich der intra- und interpersonalen Faktoren ein starker Einfluss auf die Partizipationsintensität ausgeht. In der Reihenfolge der zuvor vorgestellten Einflussbereiche handelt es sich hierbei um die folgenden Faktoren:

- *Partizipationsintensität und -erfahrung des Kindes/Jugendlichen auf unterschiedlichen Ebenen*

Aus diesem Bereich weisen gleich drei Faktoren überdurchschnittliche Relevanz für das Partizipationsverhalten eines Kindes bzw. Jugendlichen am Wohnort auf. Zunächst ist hier der überaus positive Einfluss der Partizipationszufriedenheit am Wohnort festzustellen. Gute Erfahrungen im Hinblick auf tatsächliche Mitwirkungsaktivitäten führen demnach im Sinne eines sich selbst verstärkenden Prozesses zu einer weiteren Partizipationsintensivierung am Wohnort. Daneben ist das subjektive Qualifikationsempfinden im Hinblick auf Mitwirkung – d. h. das Ausmaß, in dem sich die Kinder und Jugendlichen zutrauen, sich an Mitwirkungsmöglichkeiten tatsächlich beteiligen zu können – eine wichtige Antwort auf die Frage, warum einige Kinder bzw. Jugendliche stark partizipieren und andere kaum. Schließlich geht von der Partizipationsintensität in der Schule ein überdurchschnittlich positiver Einfluss auf die Partizipationsintensität am Wohnort aus. Wie theoretisch-konzeptionell vermutet, überträgt sich eine größere bzw. geringere Intensität der schulspezifischen Mitwirkung hiernach auch auf die Partizipation am Wohnort.

- *Einstellungsdimensionen des Kindes/Jugendlichen*

In Bezug auf diese Gruppe potenzieller Einflussfaktoren ist in erster Linie die Ausprägung des konkreten Veränderungswillens des Kindes bzw. Jugendlichen ausschlaggebend dafür, ob es bzw. er stark mitwirkt oder nicht. Die grundlegende Motivation, etwas zu verändern, aber auch die Verärgerung über bestimmte Ereignisse am Wohnort stehen in diesem Zusammenhang exemplarisch für das Ausmaß an Veränderungswillen.

---

<sup>23</sup> Dies ist ein hoher Wert, der in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen nur selten erreicht wird.

- *Empfundene Attraktivität des Angebotes zur Partizipation und Informationsstand in Bezug auf Möglichkeiten zur Partizipation*

Während die wahrgenommene Angebotsattraktivität einen eher geringen Beitrag zur Erklärung des Partizipationsverhaltens leistet, erweist sich der Informationsstand bzgl. der Möglichkeiten zur Mitwirkung am Wohnort als eine wichtige Ursache für mehr oder weniger starke Partizipation. Demzufolge bestätigt sich die Hypothese, dass Kinder und Jugendliche, die sich im Hinblick auf Partizipationsangebote gut informiert fühlen, tatsächlich stärker mitwirken, und umgekehrt.

- *Partizipationsrelevantes soziales Umfeld des Kindes/Jugendlichen*

In diesem Bereich lassen sich im Wesentlichen zwei Faktoren ausmachen, welche die Mitwirkung eines Kindes bzw. Jugendlichen überdurchschnittlich stark beeinflussen. Hier steht zunächst die Bedeutung des Vereins in einem deutlich positiven Zusammenhang mit der Mitwirkung am Wohnort. Kinder und Jugendliche, bei denen Vereine ein zentraler Bestandteil der Freizeit sind und deren Freizeitverhalten insbesondere durch Sport in Sportvereinen gekennzeichnet ist, wirken signifikant stärker am Wohnort mit. Offensichtlich sorgt das soziale Umfeld „Verein“ für eine größere Offenheit und Bereitschaft zur Partizipation. Ferner bestätigt sich die Hypothese, dass ein der Partizipation zugeneigter Freundeskreis die eigene Intensität eines Kindes bzw. Jugendlichen in dieser Hinsicht fördert. Demnach ist die Partizipationsintensität eines Kindes oder Jugendlichen am Wohnort umso größer, je üblicher Mitwirkung in seinem Freundeskreis ist.

Da das Jugendlichenmodell die Unterschiede zwischen den Kommunen nicht abzubilden vermag und somit keine Aussagen über den kommunenspezifischen Einfluss auf das Partizipationsverhalten erlaubt, wurden die Hypothesen über mögliche Kommunen-Faktoren ebenfalls zunächst einzeln und anschließend zusammenhängend in einem eigenständigen Kommunenmodell überprüft. Ernüchterndes Ergebnis der isolierten Analyse war, dass von den insgesamt elf als relevant erachteten Faktoren lediglich drei Faktoren einen signifikanten Einfluss aufwiesen. Diese Faktoren umfassen im Einzelnen

- die Berücksichtigung Jugendlicher in kommunalen Beschlüssen,
- die Einwohneranzahl der jeweiligen Kommune als strukturelle Determinante,
- den Kooperationsaufwand innerhalb der Kommunalverwaltung im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung (nur in Kommunalverwaltungen, in denen sich mehrere Abteilungen bzw. Stellen im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung betätigen).

Angesichts der Tatsache, dass der dritte Einflussfaktor nur in bestimmten Kommunalverwaltungen eine Rolle spielt (nur in 20 der 42 Städte und Gemeinden), erscheint es angezeigt, bei der Bildung eines integrativen Modells kommunaler Einflussfaktoren zur Erklärung der Partizipationsintensität von Kindern und Jugendlichen an ihrem Wohnort von dieser Größe zu abstrahieren. Werden folglich die restlichen zwei Determinanten in ein dementsprechendes „Gesamtmodell“ überführt, zeigt sich Folgendes: Beide Einflussfaktoren können zusammen knapp 18 Prozent der zwischen den Kommunen zu beobachtenden Unterschiede bezüglich

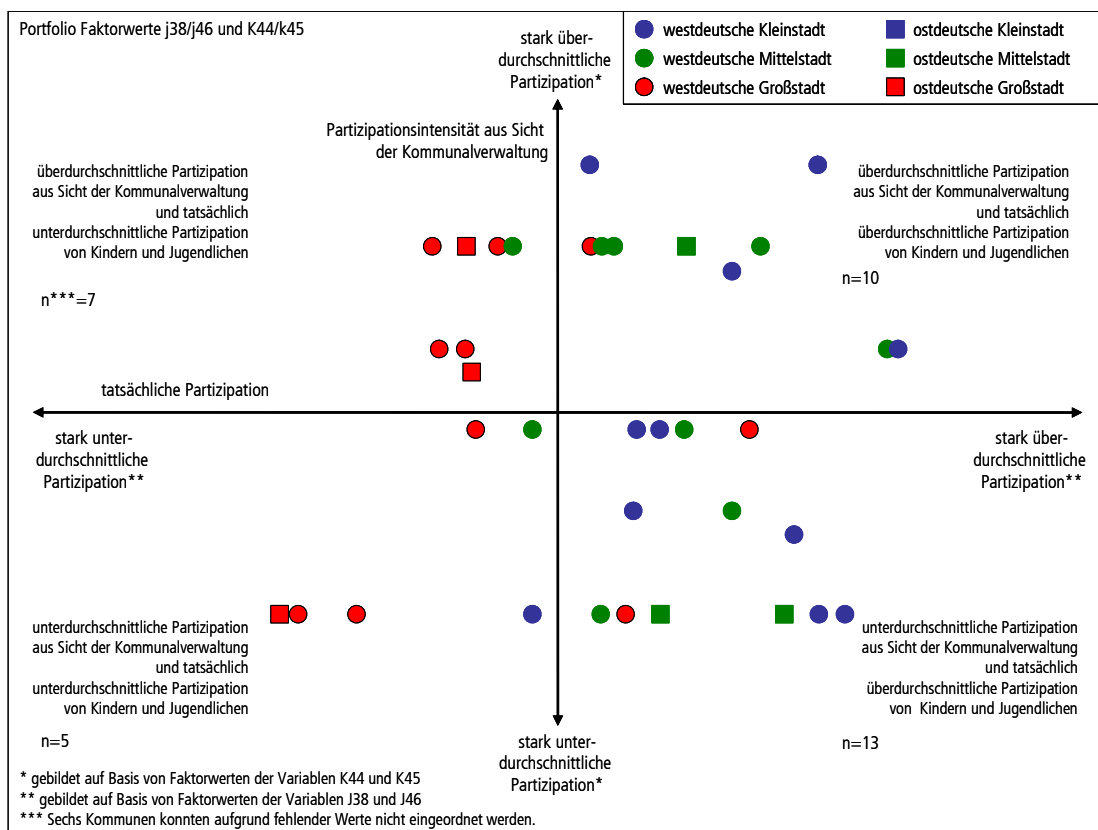


der kommunenspezifischen Partizipationsintensität erklären. Den etwas stärkeren und signifikanteren Einfluss auf das Partizipationsverhalten von Kindern und Jugendlichen besitzt in diesem Zusammenhang der Faktor „Berücksichtigung Jugendlicher bei kommunalen Beschlüssen“. Etwas schwächer in der Erklärungskraft erweist sich der strukturelle Einflussfaktor der Einwohnerzahl einer Kommune.

Ungeachtet der geringen Anzahl an relevanten Einflussgrößen belegen die Ergebnisse des Kommunenmodells mit einer erklärten Streuung des durchschnittlichen Partizipationsverhaltens zwischen den einzelnen Kommunen von ca. 18 Prozent doch die Zweckmäßigkeit einer Analyse des Kommuneneinflusses im Hinblick auf das individuelle Partizipationsverhalten. Demzufolge erfährt die Vermutung, dass die individuelle Partizipationsintensität auch durch das kommunale Angebot bestimmt wird, Bestätigung – wenn auch eingeschränkte. Allerdings muss festgestellt werden, dass die kommunalen Einflussfaktoren einen deutlich geringeren Einfluss aufweisen als vermutet. Eine mögliche Ursache hierfür kann in den deutlichen Unterschieden zwischen der Wahrnehmung der Kommunalverwaltung und der Wahrnehmung von Kindern und Jugendlichen liegen. So sollten in dem Kommunenmodell die bei den Kindern und Jugendlichen tatsächlich gemessenen Differenzen in der Partizipationsintensität zwischen den untersuchten Kommunen durch Unterschiede zwischen den Antworten der Kommunalverwaltungen erklärt werden. Aus der Analyse der Daten ergeben sich zahlreiche Hinweise darauf, dass es zwischen der Einschätzung der Kommunalverwaltung und dem tatsächlichen Partizipationsverhalten der Kinder und Jugendlichen jedoch größere Diskrepanzen gibt.

Exemplarisch soll hier auf den Zusammenhang zwischen der Intensität der Partizipation von Kindern und Jugendlichen aus Sicht der Kommunalverwaltung und dem tatsächlichen Partizipationsverhalten von Kindern und Jugendlichen eingegangen werden. Zur Aufdeckung dieses Zusammenhanges sind in Abbildung 11 auf der X-Achse die Intensität des Partizipationsverhaltens laut Angaben der Kinder und Jugendlichen sowie auf der Y-Achse die Nutzung des Partizipationsangebotes in der jeweiligen Kommune aus Sicht der Kommunalverwaltung abgetragen. Hierbei wäre eigentlich ein positiver Zusammenhang zu erwarten gewesen, d. h., in Kommunen mit über- bzw. unterdurchschnittlicher Partizipation der Kinder und Jugendlichen müsste auch die Kommunalverwaltung der Ansicht sein, dass die Kinder und Jugendlichen in ihrer Kommune das vorhandene Angebot über- bzw. unterdurchschnittlich stark nutzen. Im Ergebnis zeigt sich allerdings, dass in 20 der 36 analysierbaren Kommunen eine gegenteilige Beziehung besteht. Demnach ist in sieben Kommunen die Verwaltung der Ansicht, dass die Kinder und Jugendlichen stark partizipieren, während diese tatsächlich nur unterdurchschnittlich stark mitwirken. Umgekehrt wirken in 13 Kommunen die Kinder und Jugendlichen überdurchschnittlich stark mit, während die Kommunalverwaltung von einer nur unterdurchschnittlichen Nutzung des Partizipationsangebotes in ihrer Kommune ausgeht.

Abbildung 11: Gegenüberstellung der Nutzung des Partizipationsangebotes aus Sicht der Kommunalverwaltung und des tatsächlichen Partizipationsverhaltens von Kindern und Jugendlichen



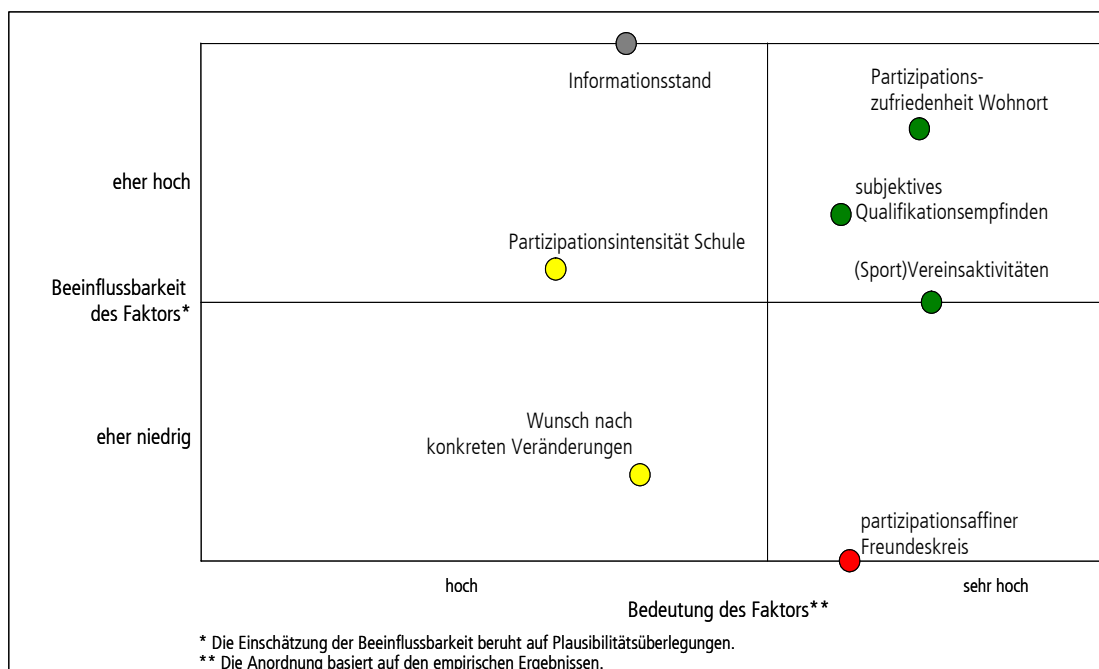
Differenziert man diese Analyse nach der Kommunengröße, so zeigt sich, dass vor allem in Großstädten die Verwaltung von einer überdurchschnittlichen Partizipationsintensität ausgeht, während die Kinder und Jugendlichen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt nur unterdurchschnittlich stark mitwirken. Demgegenüber ist insbesondere bei Kleinstädten die tatsächliche Mitwirkung größer als die von der Verwaltung vermutete. Im Vergleich ost- und westdeutscher Städte lassen sich hingegen keine strukturellen Unterschiede ausmachen. Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass die Kommunalverwaltungen insgesamt von einer relativ starken Partizipation ausgehen, während die Kinder und Jugendlichen tatsächlich nur vergleichsweise schwach am Wohnort mitwirken. Übersetzt man den Mittelwert der Partizipationsintensität aus Sicht der Kommunalverwaltung (Y-Achse) sowie der tatsächlichen Partizipationsintensität (X-Achse) in einen Prozentwert, so liegt die Partizipationsintensität aus Sicht der Kommunalverwaltung bei rund 61 Prozent der maximalen Intensität, während die tatsächliche Partizipationsintensität von Kindern und Jugendlichen lediglich einen Wert von rund 45 Prozent der maximal möglichen Mitwirkung aufweist. Somit deuten die Ergebnisse auf eine relativ große Diskrepanz zwischen der Einschätzung der Kommunalverwaltung auf der einen Seite und dem Verhalten der Kinder und Jugendlichen auf der anderen Seite.

### 3.4 Handlungsempfehlungen für eine Intensivierung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen an ihrem Wohnort

Mit Blick auf mögliche Handlungsempfehlungen, die sich aus der empirischen Untersuchung zu den Einflussfaktoren der Partizipationsintensität von Kindern und Jugendlichen am Wohnort ableiten lassen, ist zunächst Folgendes festzustellen: Die Ausgangsvermutung hat sich bestätigt, dass die Gesamtmenge von Erklärungskomponenten zweigeteilt ist. So konnten sowohl im Bereich der intra- und interpersonalen Determinanten aus dem direkten Umfeld der Kinder und Jugendlichen als auch in der Gruppe der kommunenspezifischen Einflussgrößen im Sinne des kommunalen Angebotes unterschiedliche signifikante Einflussfaktoren identifiziert werden. Alle Faktoren zusammen fungieren somit als zentrale Ursachen für mehr oder wenige starke Mitwirkung.

Vor diesem Hintergrund lassen sich sowohl auf der Ebene der Kinder und Jugendlichen als auch auf der Ebene der Kommune Handlungsempfehlungen ableiten. Grundsätzlich orientiert sich das Vorgehen zur Intensivierung des Partizipationsverhaltens von Kindern und Jugendlichen auf beiden Ebenen an einer Priorisierung der einzelnen Ansatzpunkte nach der Stärke ihres jeweiligen Einflusses. Für die Ableitung von Handlungsempfehlungen auf der Basis des Jugendlichenmodells wurden darüber hinaus die sieben besonders bedeutsamen Einflussgrößen im Hinblick auf ihre Beeinflussbarkeit eingeschätzt. So ergibt sich eine Vier-Felder-Matrix, die eine strukturierte Analyse möglicher Handlungsempfehlungen erlaubt (siehe Abbildung 12).

Abbildung 12: Portfolio zentraler Einflussgrößen des Jugendlichenmodells gemäß der Stärke ihres Einflusses und ihrer Beeinflussbarkeit



In Anbetracht der herausragenden Bedeutung der Zufriedenheit mit Partizipationserfahrungen am Wohnort für die Partizipationsintensität sowie der grundsätzlichen Beeinflussbarkeit dieser Variable wird die Partizipationszufriedenheit zu einem zentralen Faktor der Bemühungen um eine Intensivierung der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen am Wohnort. Die Zufrie-

denheit bezieht sich dabei sowohl auf den Partizipationsprozess als auch auf das -ergebnis. Da die Zufriedenheit bekanntlich das Ergebnis eines individuellen Abgleiches zwischen Erwartungen und Erleben ist, gilt es zunächst, die Erwartungen von Kindern und Jugendlichen hinsichtlich des Partizipationsprozesses und -ergebnisses zu ermitteln und die Angebote zur Mitwirkung am Wohnort darauf auszurichten. Darüber hinaus ist zu empfehlen, die Zufriedenheit von Kindern und Jugendlichen mit Partizipationsprojekten kontinuierlich zu erfassen, um darauf aufbauend Verbesserungspotenziale zu identifizieren. Da Zufriedenheit nur in Bezug auf selbst erlebte Partizipation entstehen kann, ist die Sicherstellung der Partizipationszufriedenheit primär ein Instrument zur Intensivierung der Mitwirkung bereits partizipierender Kinder und Jugendlicher, weniger aber zur Heranführung bislang partizipationsferner Zielgruppen.

In diesem Zusammenhang richtet sich der Blick auf die (Sport-)Vereinsaktivitäten, das subjektive Qualifikationsempfinden, den Informationsstand bezüglich der Mitwirkungsmöglichkeiten sowie die Partizipationsintensität in der Schule. Hierbei gilt es zum einen, Kinder und Jugendliche durch geeignete Bildungsmaßnahmen in ihrem Qualifikationsempfinden zu stärken sowie die Möglichkeiten zur Mitwirkung am Wohnort im Hinblick sowohl auf Kommunikationskanäle als auch -inhalte zielgruppengerecht zu vermitteln. Darüber hinaus sprechen die empirischen Ergebnisse für eine Förderung von Vereinsaktivitäten, insbesondere in Sportvereinen, da diese eine Katalysatorfunktion für die Mitwirkung am Wohnort aufweisen. Schließlich ist auch die Partizipationsintensität in der Schule eine Möglichkeit, um Kinder und Jugendliche an Mitwirkung am Wohnort heranzuführen. Die Faktoren „partizipationsnaher Freundeskreis“ und „konkreter Veränderungswille“ hingegen sind zwar bedeutsam für Partizipation, entziehen sich aber weitgehend einer Beeinflussbarkeit. Insgesamt lassen sich die Handlungsempfehlungen aus den Ergebnissen des Jugendlichenmodells in Form einer Partizipationsspirale darstellen. Hierbei dienen die Schule, die (Sport-)Vereine sowie der Informations- und Qualifikationsstand der Kinder und Jugendlichen als Einstieg in eine Mitwirkung am Wohnort, die dann über positive Partizipationserfahrungen (Zufriedenheit) als sich selbst verstärkender Prozess seine Fortsetzung findet.

Mit Blick auf das Kommunenmodell sind drei Aspekte von besonderer Bedeutung. Angesichts der isoliert festgestellten Bedeutung des Koordinationsaufwandes innerhalb der Kommunalverwaltung für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen gilt es in denjenigen Städten und Kommunen, in denen sich mehrere Abteilungen bzw. Stellen im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung betätigen, bestehende organisatorische Lösungen hinsichtlich ihres Koordinationsaufwandes zu evaluieren und gegebenenfalls aufbau- oder ablauforganisatorische Neustrukturierungen vorzunehmen. Hierbei kann die im Rahmen des Projekts vorgesehene „Good practice“-Recherche vermutlich wertvolle Hinweise liefern. Zweitens hängt die Intensität der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen offenbar auch von der Berücksichtigung dieser Zielgruppe bei handfesten politischen Entscheidungen in Gremien der kommunalen Willensbildung ab. Drittens deutet die Spiegelung der Ergebnisse aus der Kinder- und Jugendlichenbefragung einerseits sowie der Kommunalverwaltung andererseits in vielen der untersuchten Kommunen auf eine Informations- bzw. Wahrnehmungsdiskrepanz seitens der Verwaltung hin. Insofern wäre es ratsam, weitere Bemühungen um eine Intensivierung der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen auf eine breitere Informationsbasis zu stellen – etwa über Fokusgruppen oder auch Befragungen. Ein Rückgriff auf die kommunenspezifischen Ergebnisse der im Rahmen dieses Projektes durchgeführten Befragung kann hierbei hilfreich sein.

## 4 Fazit

Um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist es (noch) nicht gut bestellt. Zwar sind im Bereich der Familie die Intensität der Mitbestimmung und auch die Vielfalt von Themen, bei denen Kinder und Jugendliche mitentscheiden dürfen, relativ groß, aber in der Schule sind sie bereits viel geringer, und an ihrem Wohnort wirken die Kinder und Jugendlichen im Durchschnitt nur wenig mit.

Die ausgeprägte Mitbestimmungsintensität in der Familie bestätigt den aus anderen Untersuchungen bekannten Befund, dass die Familie weitgehend eine „Verhandlungsfamilie“ geworden ist, in der Entscheidungen unter Einbeziehen der Kinder und Jugendlichen ausgehandelt werden. Allerdings betrifft dies vor allem solche Themen, welche die Eltern nicht sonderlich tangieren. Wenn es aber um Entscheidungen geht, die die Interessen der Eltern in starkem Maße mit betreffen, dann haben die Kinder und Jugendlichen schon erheblich weniger Mitbestimmungsmöglichkeiten. Aber gerade bei solchen Themen geht es um ein Aushandeln im eigentlichen Sinne, weil unterschiedliche Interessen aufeinander stoßen und auf der Grundlage gegenseitiger Rücksichtnahme ein für beide Seiten zufrieden stellender Ausgleich gesucht werden muss. Deshalb besteht auch in der Familie noch Entwicklungsbedarf.

In der Schule stoßen ebenfalls unterschiedliche Interessen aufeinander, und auch hier zeigt sich: Wenn es um Themen geht, die den Unterricht selbst betreffen, werden die Schüler weit weniger in Entscheidungen einbezogen, als wenn es um eher nebensächliche Themen geht. Von den sonstigen Mitwirkungsangeboten in der Schule allgemein werden die projektartigen Formen bevorzugt. Von den Themen, zu denen die Schule Mitwirkungsmöglichkeiten anbietet, favorisieren die Schüler vor allem solche, die starken mitmenschlichen und gesellschaftlichen Bezug haben. Hinsichtlich des Ausmaßes der Partizipationsintensität gehen die Einschätzungen der Schulleitung sowie der Kinder und Jugendlichen auseinander. Diese Einschätzungskluft müsste überbrückt werden, indem der Austausch zwischen den Akteursgruppen intensiviert, die unterschiedlichen Interessen klar thematisiert und der Spielraum für echte Partizipation durch Aushandlungen erweitert werden. Das würde auch das pädagogische Klima in der Schule (weiter) verbessern, das sich als starke partizipationsfördernde Einflussgröße erwiesen hat.

In der Kommune ist es um die Partizipation der Kinder und Jugendlichen bisher am schlechtesten bestellt. Die Gesamtwerte für die Partizipationsintensität sind sehr niedrig; die Zahl der Formen und Themen, an denen sich die Kinder und Jugendlichen beteiligen, ist gering; was die Kommunen an Beteiligungsmöglichkeiten anbieten, wird relativ wenig genutzt. Als Gründe für ihr Nicht-Mitwirken geben die Kinder und Jugendlichen am häufigsten an, sie hätten am Thema kein Interesse und ihnen fehle das Vertrauen in die Politiker, zumal diese sie nicht respektierten. Hinzu kommt, dass sich über die Hälfte der Kinder und Jugendlichen über die Partizipationsmöglichkeiten in der Kommune unzureichend informiert fühlen. Hinsichtlich des Ausmaßes ihrer Beteiligung gehen die Einschätzungen wieder stark auseinander, denn die Kommunalverwaltungen meinen, die Kinder und Jugendlichen würden insgesamt viel stärker partizipieren und auch das vorhandene Angebot stärker nutzen als die Kinder und Jugendlichen laut ihren eigenen Angaben dies tatsächlich tun.

Als besonders förderlich für das Partizipieren in der Kommune haben sich folgende Faktoren herauskristallisiert: gute Erfahrungen, die mit vorgängiger Partizipation hinsichtlich der Ergebnisse und des Prozesses gemacht worden sind; der konkrete Veränderungswille; die Informiertheit über die Möglichkeiten zur Mitwirkung; Vereinsaktivitäten (besonders in Sportvereinen); ein Freundeskreis, der ebenfalls partizipiert; das Zutrauen in die eigene Fähigkeit, sich tatsächlich einbringen zu können; die Partizipationsintensität in der Schule. Der letztgenannte Einflussfaktor weist nochmals darauf hin, wie wichtig eine Intensivierung der Partizipation in der Schule ist, weil die dort gemachten Erfahrungen offensichtlich in den öffentlichen Raum übertragen werden können und das Ausmaß der Partizipation in der Kommune stark beeinflussen. Dies trifft allerdings nicht für die Partizipationserfahrungen in der Familie zu, denn diese haben keinen nachweisbaren Einfluss auf das Ausmaß der Partizipation – weder in der Schule noch in der Kommune.

In allen drei Bereichen (Familie, Schule und Kommune) wird die Mitwirkung hinsichtlich der Intensität und der Vielfältigkeit von Themen am stärksten beeinflusst von den Erfahrungen, welche die Kinder und Jugendlichen vorgängig mit Partizipation gemacht haben. Dabei spielt die Zufriedenheit mit den Ergebnissen eine genauso große Rolle wie der persönliche Gewinn, den sie – auch unabhängig vom jeweiligen Ergebnis – aus dem Prozess der Partizipation ziehen.

Da die Zufriedenheit mit Partizipation eine große Bedeutung dafür hat, ob und wie sehr Kinder und Jugendliche in der Kommune mitwirken, und diese durch eine entsprechende Ausgestaltung der Angebote beeinflussbar ist, stellt sie den wichtigsten Faktor für die Stärkung der Partizipation dar. Somit gilt es, Kinder und Jugendliche in Schule und Kommune an attraktive Mitwirkungsangebote heranzuführen und dafür zu sorgen, dass sie mit dem Verlauf und dem Ergebnis ihres Mitwirkens zufrieden sind.

Insgesamt finden sich auf der Basis dieser Untersuchung zahlreiche Hinweise, wie die Partizipation von jungen Menschen in Familie, Schule und Kommune ausgeweitet und gestärkt werden kann. Hierfür modellhafte Umsetzungen in den Kommunen zu entwickeln ist Gegenstand der zweiten Phase der Initiative „mit**Wirkung!**“ der Bertelsmann Stiftung.

## 5 Anhang

Tabelle 1: Kommunen, die an der Befragung teilgenommen haben

Bundesland	Kommune	Einwohner
Baden-Württemberg	Dußlingen	5.225
Baden-Württemberg	Freiburg im Breisgau	194.566
Baden-Württemberg	Philippsburg	12.512
Baden-Württemberg	Rheinfelden	32.396
Baden-Württemberg	Stuttgart	589.198
Bayern	Eggstätt	2.709
Bayern	München	1.300.000
Bayern	Schlüsselfeld	5.888
Berlin	Berlin Mitte	315.665
Brandenburg	Guben	22.247
Hamburg	Hamburg	1.728.806
Hessen	Frankfurt am Main	652.013
Hessen	Rotenburg a. d. Fulda	14.350
Hessen	Wetzlar	52.956
Hessen	Wiesbaden	271.090
Mecklenburg-Vorpommern	Bützow	8.319
Mecklenburg-Vorpommern	Ludwigslust	12.275
Mecklenburg-Vorpommern	Rostock	195.157
Niedersachsen	Bad Bentheim	15.494
Niedersachsen	Bardowick	15.700
Niedersachsen	Hannover	507.814
Niedersachsen	Krummhörn	13.550
Nordrhein-Westfalen	Dorsten	81.501
Nordrhein-Westfalen	Dortmund	587.607
Nordrhein-Westfalen	Essen	586.750
Nordrhein-Westfalen	Hamm	181.569
Nordrhein-Westfalen	Köln	970.695
Nordrhein-Westfalen	Münster	281.285
Nordrhein-Westfalen	Rheine	74.083
Nordrhein-Westfalen	Rietberg	29.026
Nordrhein-Westfalen	Wuppertal	385.384
Rheinland-Pfalz	Bad Kreuznach	43.705
Rheinland-Pfalz	Neuwied	67.008
Saarland	Bexbach	19.505
Sachsen	Freiberg	43.001
Sachsen	Leipzig	525.161
Sachsen-Anhalt	Magdeburg	227.129
Schleswig-Holstein	Elmshorn	48.895
Schleswig-Holstein	Flensburg	86.444
Schleswig-Holstein	Kropp	6.357
Schleswig-Holstein	Lütjenburg	5.795
Thüringen	Saalfeld	28.538

Tabelle 2: Strukturdaten der 42 befragten Kommunen

	Mittelwert	Median	Minimum	Maximum
Anteil Ausländer an der Bevölkerung	9,9%	8,4%	0,2%	27,5%
Anteil Einwohner unter 18 Jahren	18,0%	17,1%	12,8%	24,3%
davon Anteil Ausländer unter 18 Jahren	10,7%	10,8%	0,0%	31,5%
Anteil Einwohner über 65 Jahren	18,3%	18,3%	13,7%	22,6%
Erwerbslosenquote	12,5%	11,6%	2,0%	23,0%
Anteil Schulabgänger	1,8%	1,2%	0,5%	9,8%
davon Anteil Abgänger mit allgemeiner Hochschulreife	28,5%	31,0%	2,5%	42,7%
davon Anteil Abgänger ohne Hauptschulabschluss	6,5%	5,9%	0,6%	18,8%
Verwaltungshaushalt im Jahr 2004 je Einwohner	1.996,66 €	1.921,96 €	461,41 €	4.462,94 €
Steuereinnahmekraft je Einwohner	581,58 €	458,25 €	246,00 €	1.486,34 €

Abbildung 1: Altersverteilung der Kinder und Jugendlichen in der Stichprobe

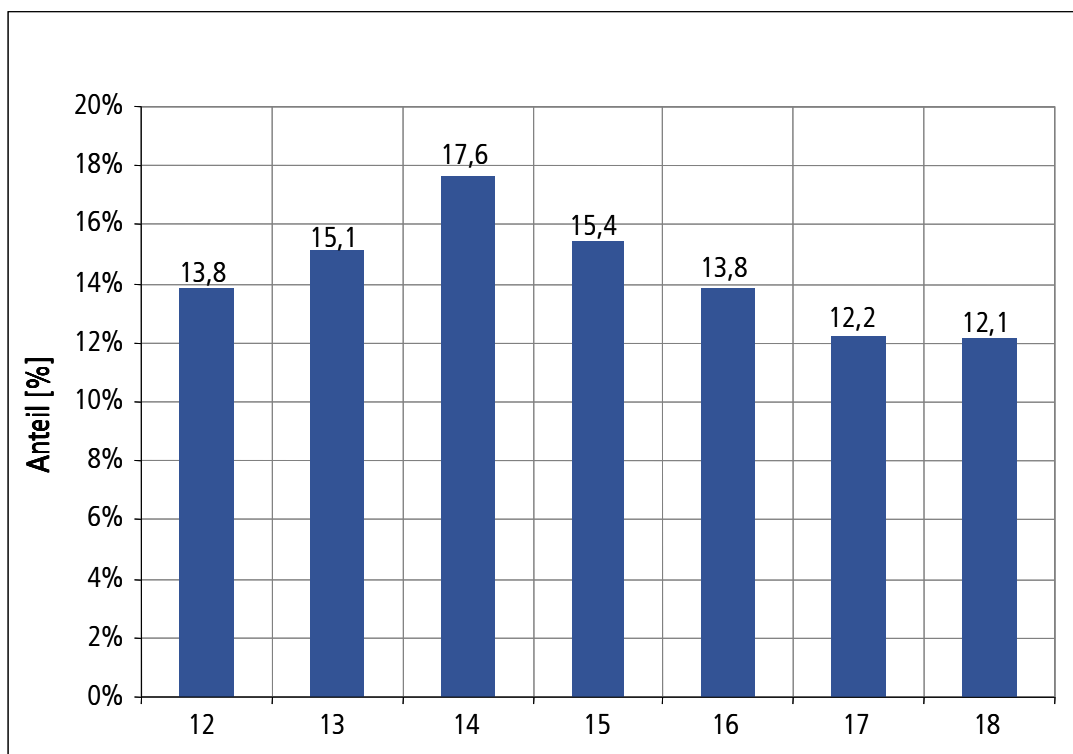




Abbildung 2: Verteilung der Kinder und Jugendlichen über die Schultypen mit und ohne Gewichtung

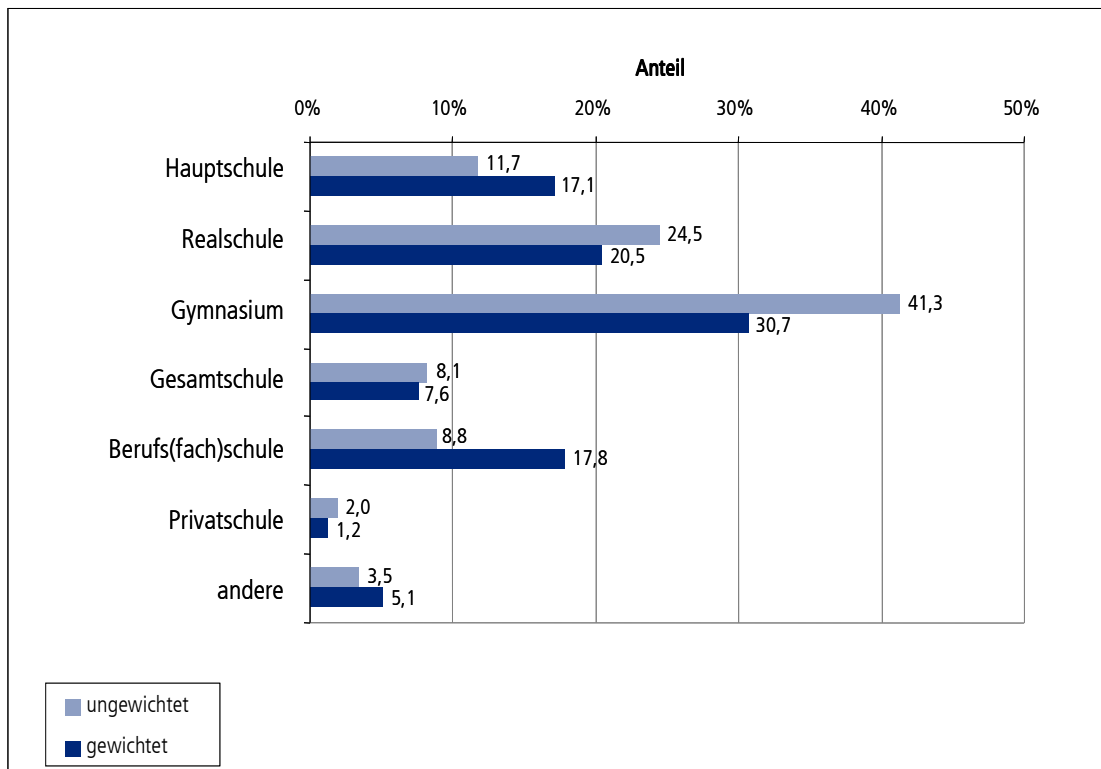


Tabelle 5: Gegenüberstellung der Rangfolgen von Mitwirkungsformen in der Schule aus Sicht der Kinder und Jugendlichen und aus Sicht der Schulleitungen<sup>24</sup>

Rangfolge der Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule ..

... aus Sicht der Schüler		... aus Sicht der Schulleiter	
1.	<b>Projekttag/-wochen</b>	1.	<b>Schülervertretung/Schülermitverwaltung</b>
2.	Klassensprecher	2.	<b>Projekttag/-wochen</b>
3.	<b>Schulfeste</b>	3.	<b>Schulfeste</b>
4.	<b>Schülervollversammlung/Schüleranhörung</b>	4.	Schulaktionen (Gebäude- und Schulhofgestaltung etc.)
5.	<b>Schülerzeitung</b>	5.	Klassensprecherkonferenz
6.	<b>Schülervertretung/Schülermitverwaltung</b>	6.	<b>Schülerrat/Schülerparlament</b>
7.	<b>Ausbildung zum Streitschlichter</b>	7.	<b>Ausbildung der Schüler in Streitschlichtung</b>
8.	<b>Schülerrat/Schülerparlament</b>	8.	<b>Schülerzeitung</b>
9.	<b>Schülerlotsendienst</b>	9.	Klassenrat
10.	<b>Mitarbeit der Schüler im Schulsanitätsdienst</b>	10.	<b>Mitarbeit der Schüler im Schulsanitätsdienst</b>
		11.	<b>Schülervollversammlung/Schüleranhörung</b>
		12.	Schülerkonferenz
		13.	Programme zum Einüben von demokratischen Entscheidungen
		14.	Service Learning-Projekte
		15.	<b>Schülerlotsendienst</b>
		16.	Zukunftswerkstatt

<sup>24</sup> Mitwirkungsformen in der Schule, die aus Sicht der Kinder und Jugendlichen wie auch aus der Sicht der Schulleiter abgefragt wurden, sind hervorgehoben.

Tabelle 6: Gegenüberstellung der Rangfolgen von Mitwirkungsthemen in der Schule aus Sicht der Kinder und Jugendlichen und aus Sicht der Schulleitungen<sup>25</sup>

Rangfolge der Mitwirkungsthemen in der Schule ...

... aus Sicht der Schüler		... aus Sicht der Schulleiter	
1.	Planung von Freizeitangeboten	1.	Gewaltprävention, Konfliktbewältigung
2.	Hilfe für Menschen in Not	2.	Hilfe für Menschen in Not
3.	Zusammenleben Deutsche und Ausländer	3.	Umwelt- und Naturschutz
4.	Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätze	4.	Weltpolitische Themen
5.	Weltpolitische Themen	5.	Politische Bildung
6.	Gewaltprävention, Konfliktbewältigung	6.	Zusammenleben Deutsche und Ausländer
7.	Gleichstellung der Geschlechter	7.	Spielraumgestaltung
8.	Umwelt- und Naturschutz	8.	Gegen Diskriminierung
9.	Gegen Diskriminierung	9.	Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätze
10.	Tierschutz	10.	Planung von Freizeitangeboten
11.	Themen aus der Lokalpolitik	11.	Schulentwicklungsplanung
12.	Spielraumgestaltung	12.	Gleichstellung der Geschlechter
13.	Schulweggestaltung/Schulwegsicherung	13.	Themen aus der Lokalpolitik
14.	Gestaltung von Verkehrsverbindungen	14.	Tierschutz
		15.	Schulweggestaltung/Schulwegsicherung
		16.	Gestaltung von Verkehrsverbindungen

<sup>25</sup> Mitwirkungsthemen in der Schule, die aus Sicht der Kinder und Jugendlichen wie auch aus der Sicht der Schulleiter abgefragt wurden, sind hervorgehoben.

**Tabelle 8: Gegenüberstellung der Rangfolgen von Teilnehmungsformen in der Kommune aus Sicht der Kinder und Jugendlichen und aus Sicht der Kommunalverwaltung<sup>26</sup>**

**Rangfolge der Teilnehmungsformen in der Kommune ...**

... aus Sicht der Kinder und Jugendlichen		... aus Sicht der Verwaltung	
1.	Zu einem Thema abgestimmt	1.	Arbeitsgruppen
2.	Genehmigte Demonstration	2.	Zukunftswerkstatt
3.	Unterschriften sammeln	3.	Medienprojekte
4.	Teilnahme an Diskussionen	4.	Stadtteilerkundung
5.	Jugendverband	5.	Kinder- oder Jugendforum
<b>6.</b>	<b>Gespräch mit dem Jugendbeauftragten</b>	6.	Kinder- oder Jugendbüro
<b>7.</b>	<b>Kinder- oder Jugendkonferenz</b>	<b>7.</b>	<b>Kinder- oder Jugendbeauftragter</b>
8.	Politikerbefragung	8.	Lobbyverband für Kinder oder Jugendliche
9.	Verbotene Demonstration	<b>9.</b>	<b>Stadtteilkonferenz</b>
<b>10.</b>	<b>Kinder- oder Jugendsprechstunde des Bürgermeisters</b>	10.	Kinder- oder Jugendsprechstunde
11.	Soziales/politisches Projekt	11.	Kinder- oder Jugendrat
12.	Bürgerinitiative	12.	Patenschaft für Kinder- und Jugendprojekte
13.	Politische Partei	13.	Schülerparlament
<b>14.</b>	<b>Kinder- oder Jugendparlament</b>	14.	Kinder- oder Jugendbeirat
<b>15.</b>	<b>Stadtteilkonferenz</b>	15.	Runder Tisch
16.	Politisches Netzwerk	16.	Stadtmodellbauaktionen
		<b>17.</b>	<b>Kinder- oder Jugendparlament</b>
		<b>18.</b>	<b>Kinder- oder Jugendsprechstunde des Bürgermeisters</b>
		19.	Bauplanungs- oder Verkehrsplanungsscheck
		<b>20.</b>	<b>Kinder- oder Jugendkonferenz</b>
		21.	Kinder- und Jugendkommission
		22.	Kinder- oder Jugendanwalt
		23.	Kinder- oder Jugendbürgermeister

<sup>26</sup> Teilnehmungsformen in der Kommune, die aus Sicht der Kinder und Jugendlichen wie auch aus der Sicht der Kommunalverwaltung abgefragt wurden, sind hervorgehoben.

Tabelle 9: Gegenüberstellung der Rangfolgen von Beteiligungsthemen in der Kommune aus Sicht der Kinder und Jugendlichen und aus Sicht der Kommunalverwaltung<sup>27</sup>

## Rangfolge der kommunalen Beteiligungsthemen ...

... aus Sicht der Kinder und Jugendlichen		... aus Sicht der Verwaltung	
1.	Jugendzentrum (z. B. Programm mitgestalten)	1.	Planung von Sport und Freizeitanlagen
2.	Hilfe für Menschen in Not	2.	Spielraumgestaltung in Schulen
3.	Planung von Sport und Freizeitanlagen	3.	Jugendzentrum (z. B. Programm mitgestalten)
4.	Gewaltprävention, Konfliktbewältigung	4.	Gewaltprävention, Konfliktbewältigung
5.	Zusammenleben Deutsche und Ausländer	5.	Umwelt- und Naturschutz
6.	Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätze	6.	Planung von Freizeitangeboten
7.	Umwelt- und Naturschutz	7.	Politische Bildung
8.	Tierschutz	8.	Themen aus der Lokalpolitik
9.	Weltpolitische Themen	9.	Verbesserung des Wohnumfeldes
10.	Gleichstellung der Geschlechter	10.	Zusammenleben Deutsche und Ausländer
11.	Gegen Diskriminierungen	11.	Kinder- und jugendfreundliche Kommunalentwicklung
12.	Themen aus der Lokalpolitik	12.	Hilfe für Menschen in Not
13.	Spielplatzgestaltung	13.	Weltpolitische Themen
14.	Schulweggestaltung, Schulwegsicherung	14.	Stadtteilsanierung
15.	Gestaltung von Verkehrsverbindungen	15.	Gestaltung von Verkehrsverbindungen
		16.	Gleichstellung der Geschlechter
		17.	Schulweggestaltung, Schulwegsicherung
		18.	Gegen Diskriminierungen
		19.	Tierschutz
		20.	Schulentwicklungsplanung
		21.	Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätze

<sup>27</sup> Beteiligungsthemen in der Kommune, die aus Sicht der Kinder und Jugendlichen wie auch aus der Sicht der Kommunalverwaltung abgefragt wurden, sind hervorgehoben.

## 6 Autoren

### Prof. Dr. Reinhard Fatke



Prof. Dr. Reinhard Fatke (Jahrgang 1943) ist seit 1991 Ordinarius für Pädagogik mit besonderer Berücksichtigung der Sozialpädagogik an der Universität Zürich. Zuvor war er seit 1984 Ordinarius für Sozialarbeit/Travail social an der Universität Fribourg (Schweiz) und im Jahr 1983 C3-Professor für Devianzpädagogik an der Universität Lüneburg. Er studierte von 1963 bis 1969 Erziehungswissenschaft, Psychologie, Germanistik und Theologie in Kiel und Tübingen und schloss 1969 das Staatsexamen für das höhere Lehramt ab. Nach Stationen als Research Consultant am Institute for Social Research an der University of Michigan (Ann Arbor) und an der Columbia University (New York) promovierte er im Jahre 1974 an der Universität Tübingen. Dort habilitierte er sich 1983 im Fach Erziehungswissenschaft. Seinen wissenschaftlichen Schwerpunkt bilden zahlreiche Forschungen und Veröffentlichungen im Bereich „Entwicklung und Erziehung im Kindes- und Jugendalter“. Prof. Dr. Fatke hat umfangreiche Expertise im Feld der erziehungswissenschaftlich geprägten empirischen Sozialforschung, insbesondere der Partizipationsforschung. Zu seinen aktuellen Forschungsarbeiten gehört neben zahlreichen Untersuchungen zur Erforschung von sozialen Konflikten und Jugendkulturen eine umfassende Studie zum Partizipationsverhalten von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz.

### PD Dr. Dr. Helmut Schneider



PD Dr. Dr. Helmut Schneider (Jahrgang 1966) ist Akademischer Oberrat am Marketing Centrum der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Zuvor war er seit 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Heribert Meffert am Institut für Marketing der Universität Münster. Er studierte von 1988 bis 1995 zunächst Politik- und Kommunikationswissenschaft sowie ab 1990 zusätzlich Betriebswirtschaftslehre an der Universität Münster. Im Jahre 1996 promovierte er mit einer Arbeit zur Rationalität von Wirtschaftspolitik zum Dr. phil. 1999 folgte die Promotion zum Dr. rer. pol. mit einer Arbeit zur Preisbeurteilung im Verkehrsdienstleistungsbereich. Für seine Habilitationsschrift „Marken in der Politik“ verlieh ihm die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster im Juli 2003 die *venia legendi* für das Fach Betriebswirtschaftslehre. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Dienstleistungsmarketing, Non-Profit-Marketing, Strategisches Marketing sowie Fragen der Markenführung und des Interaktiven Direktmarketing.

## 7 Mitglieder des Projektbeirates

Prof. Dr. Reinhard Fatke, Universität Zürich

Jana Frädlich, Kinderbeauftragte der Landeshauptstadt München

Horst-Heinrich Gerbrand, Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Raingard Knauer, Fachhochschule Kiel

Marc Köster, Deutsches Kinderhilfswerk, Berlin

Dr. F. Klaus Koopmann, Universität Bremen

Prof. Dr. Thomas Olk, Universität Halle

Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal


Christian Schneider, UNICEF, Köln


PD Dr. Dr. Helmut Schneider, Universität Münster

Prof. Waldemar Stange, Universität Lüneburg

## Kontakt:

Bertelsmann Stiftung  
Projektbüro „mitWirkung!“  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh

 05241 81-81346

 05241 81-681346

 [info@mitwirkung.net](mailto:info@mitwirkung.net)

 [www.mitwirkung.net](http://www.mitwirkung.net)

Abonnieren Sie unseren Newsletter: [www.mitwirkung.net](http://www.mitwirkung.net)